

KURDISTAN REPORT

August 1992
Nr. 49
Preis: 3,- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

- Über die Lage in Südkurdistan nach den Wahlen
- Kurdistan-politik der SPD
- Großoffensive der Guerilla

Kurdistan Report
monatliche Ausgabe
49

Impressum:
V. I. S. d. P.:
H. Barcedogmus
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Belgien	52.00 bfr.
Dänemark	10.00 dkr.
Frankreich	10.00 ff.
Großbritannien	1.20 £.
Niederlande	3.50 hfl.
Norwegen	7.50 nkr.
Österreich	25.00 s.
Schweden	7.50 skr.
Schweiz	3.00 sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel./Fax: 222 / 587 42 68
Comite du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel.: 2 / 230 92 39 Fax: 2 / 230 92 08
Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel.: 31 / 24 74 57
Koerdistan Komitee:
Postbus 10242, 2501 Den Haag, NIEDERLANDE
Tel/Fax: 70 / 389 18 07
Comite du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel.: 1 / 42 82 92 76 Fax: 1 / 42 82 97 93
Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel.: 72 / 46 76 35 Fax: 72 / 46 76 26
Kurdistan Imformation Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel.: 81 / 880 17 59 Fax: 81 / 802 99 63
Comite du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel.: 223 / 29 33 94 Fax: 22 / 29 47 87
Kurdistan Komitee in der BRD e.V:
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel.: 0221 / 12 54 64 Fax: 0221 / 13 48 68
Kurdistan Kommitten
Wästmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 8 / 305275, Fax: 8 / 316273

Büro der ERNK:
Ipokratouw 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 1 / 36 34 905
Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 341 / 4 70 20 04
Apartado 8483
28080 Madrid-Espana
Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

Solidaritätsgruppen in der BRD

- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan, c/o Karen Wind, Strandweg 9, 2305 Möltenort**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1
- **IAK-Kurdistan, Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück**
- Kurdistan-Solidarität Osnabrück, c/o Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück
- **AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld**
- AK-Kurdistan c/o GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freudinnen des kurdischen Vokes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen
- **Kurdistan-Solidarität, c/o Stephan Waldberg, Habsburgerstr.9, 7800 Freiburg**

KURDISTAN REPORT - Abonnement
jährlich (incl. Porto +Versand) 36.- DM

An:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

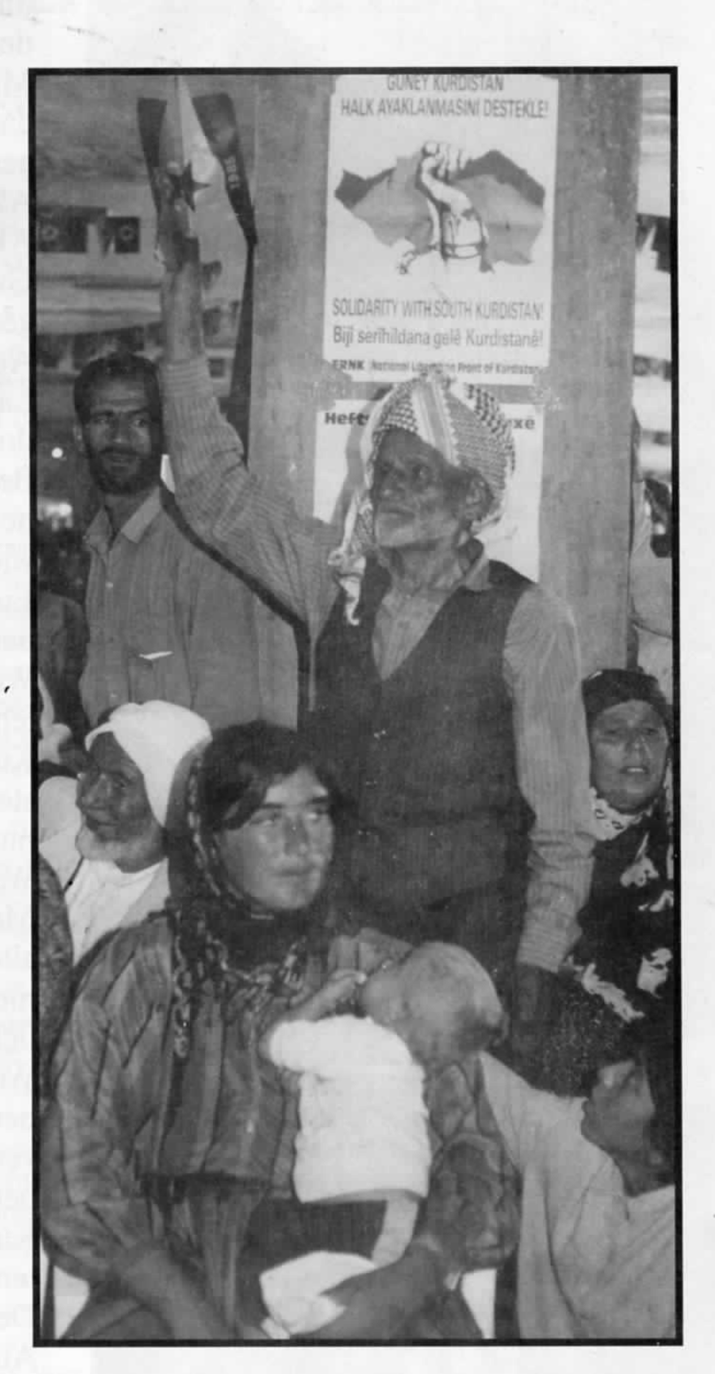
ACHTUNG! NEUE KONTONUMMER

Name :..
Anschrift :..
....

Zahlungen an: **Kreissparkasse - Köln**
H. Barcedogmus
Konto Nr.: 31972
BLZ: 370 502 99

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

– INHALT –


GÜNEY KURDISTAN
HALK AYAKLANMASINI DESTEKLE!
SOLIDARITY WITH SOUTH KURDISTAN!
Biji serîhildana gelê Kurdistanê!

EDITORIAL



An die Leserinnen und Leser,

im Laufe des Monats Juli haben die Kämpfe zwischen der kurdischen Guerilla ARGK und dem türkischen Militär stark zugenommen. Fast kein Tag vergeht, ohne daß sogar in den bundesdeutschen Zeitungen Meldungen darüber erscheinen. In der Rubrik Kurdistan Aktuell berichten wir ausführlich über die letzten Aktionen, die sich im wesentlichen gegen die Konter-Guerilla und gegen die Militär- und Polizeieinrichtungen der Türkei in Nordwest-Kurdistan richteten. Außerdem findet sich ein weiterer Bericht über die Lage in Südkurdistan nach den Wahlen. Zwar wurde dort ein Parlament am 4. Juli eröffnet, doch sind die Beziehungen zwischen den beiden Hauptorganisationen PUK und KDP weit von vertrauensvoll entfernt, wie an dem Bericht deutlich wird.
Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Kurdenpolitik der SPD, die in einem Artikel kritisch analysiert wird. Wir sind der Meinung, daß die bundesdeutsche Ooffentlichkeit sich die wahren Interessen der SPD in Kurdistan und ihr Verhalten gegenüber ihrer Schwesterpartei SHP in der Türkei noch bewußter machen muß.
Weiterhin finden sich in der Rubrik Tagebuch der Menschenrechte erneut grausame Beweise dafür, daß alle Schönrederei der türkischen Koalitionsregierung nicht einmal das Papier wert ist, auf dem sie veröffentlicht wird!
Wir dokumentieren einen Bericht der Vorsitzenden des neu gegründeten Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins. Sie reiste Ende Juni mit einer Gruppe vertriebener Kurden zurück in deren Heimatdörfer.
Kurdistan-Solidaritätsgruppen und -komitees beteiligten sich auch am Internationalen Gegengipfel und der Demonstration gegen das G 7 - Treffen in München. Auch hierzu gibt es in dieser Ausgabe einen Artikel.

Mit solidarischen Grüßen,
die Redaktion

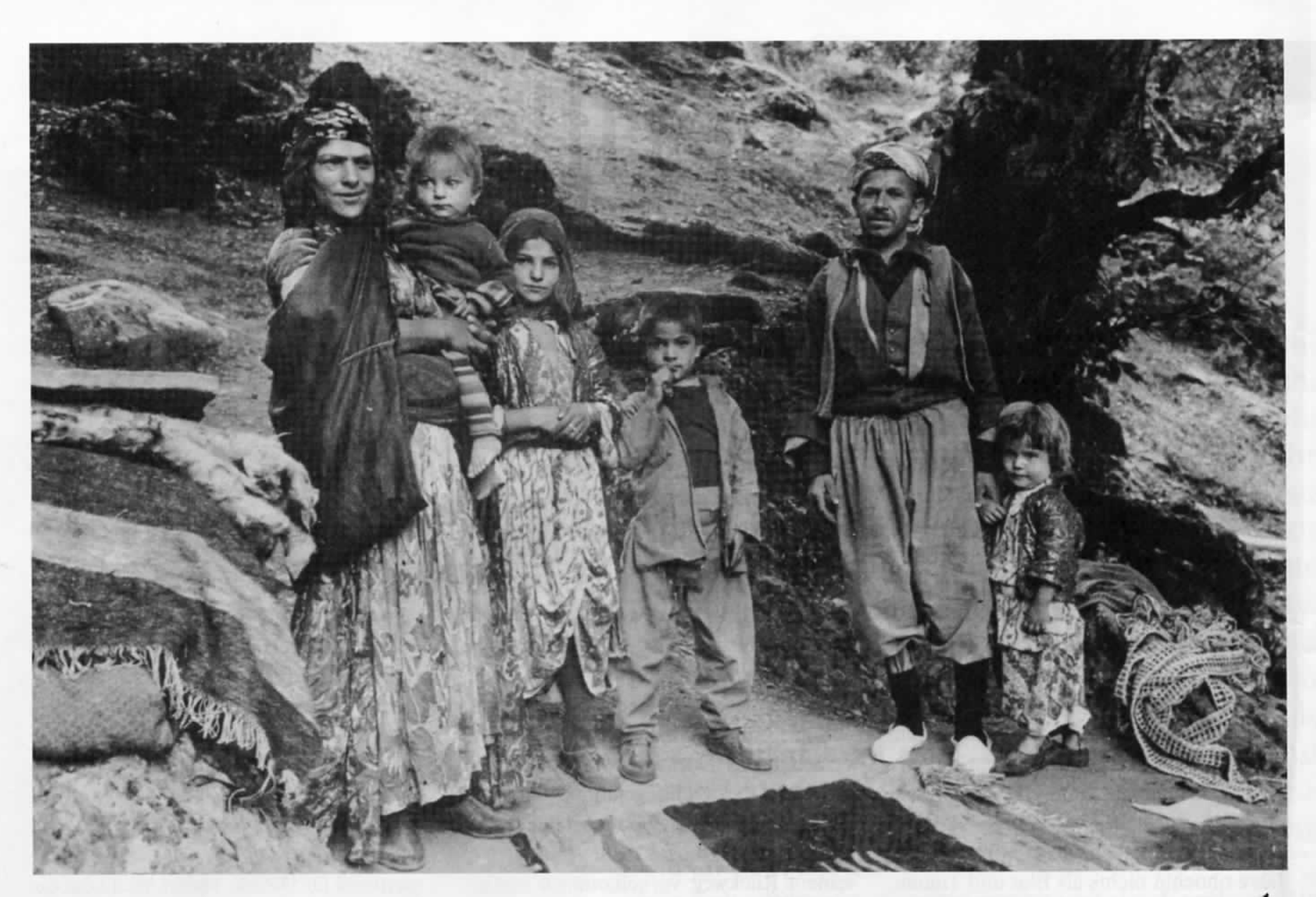
Konterguerillaangriffe mit hilfe der KDP

Der von der TR in Nordwest-Kurdistan praktizierte Konterguerilla-Terror, durch den Tag für Tag Menschen ermordet werden, wird durch die KDP nach Südkurdistan transportiert. Das Ziel dieses Kollaborateurspacks, das unter dem jahrelang angehäuften Dreck verfault, ist es, die Menschen in Südkurdistan zu ermorden. Dies ist eigentlich nichts neues, nur zeigt es sich als ein Produkt der intensivierten dreckigen Beziehungen zwischen diesem Pack und der TR nun in einem noch größeren Ausmaß. Die stammesfeudalen Nationalisten haben dem Volk all die Jahre ohnehin nichts als Blut und Tränen gebracht und benutzen den Patriotismus des Volkes für ihre schmutzigen Pläne. Sie unternehmen jetzt Anstrengungen, im Bündnis mit dem barbarischsten Feind eine Barriere vor dem Freiheitskampf des Kurdischen Volkes zu bilden. Erst gestern haben sie sich vor den Fernsehkameras der Welt mit Saddam abgeküßt, der alleine in Halabja an einem Tag 5.000 Kurden mit Giftgas ermorden ließ, und heute wiederholen sie die gleiche Szene mit der TR. Das zeigt ihre typische Krankheit sehr deutlich, und wer weiß was dieses Pack in Zukunft noch alles tun wird, was vielleicht noch gefährlicher und scheußlicher sein wird als das, was es bis heute schon an Gefährlichem und Scheußlichkeiten getan hat.

Dieses Verräterpack hat jetzt eine neue Offensive ihrer schmutzigen Taten begonnen. Es hat am 29. Juni den Patrioten Sadik Ömer ermordet, der eine Avantgarderolle in seinem Stamm der Sindi spielte. Sadik Ömer war gleichzeitig jemand, der in der PUK (Patriotische Union Kurdistans) eine gewisse Rolle gespielt hat. Allerdings hatte Sadik Ömer eine sehr starke patriotische Einstellung und verteidigte den von der PKK in Nordwest-Kurdistan entwickelten Unabhängigkeits- und Freiheitskampf aus ganzen Herzen und unterstützte ihn auf aktive Weise.

Am 29. Juni kamen vier KDP-Leute mit zwei Fahrzeugen gegen 11.00 Uhr in das zu Zaxo gehörende Dorf Dorkar. Sie gingen zu Sadik Ömers Haus und fragten, wo er ist. Sadik hatte an diesem Tag das Haus schon sehr früh verlassen, weil er in einem anderen Dorf etwas zu erledigen hatte. Die vier KDP-Leute tranken ihren Tee aus, stiegen in ihre Fahrzeuge und verließen das Dorf. Sie wußten jetzt, in welches Dorf Sadik gefahren war, und legten auf dem Weg zwischen den Dörfern Girik und Darhozan, auf dem er auf seinem Rückweg vorbeikommen mußte, einen Hinterhalt. Als gegen 16.30 Uhr Sadik Ömer mit seinem Fahrzeug auf dem Rückweg in sein Dorf war kam er an dem Hinterhalt vorbei und wurde von dort aus von einem Fahrzeug der vier KDP-Leute verfolgt. Dieses Fahrzeug überholte Sadik Ömer, und aus ihm heraus wurde drei Mal auf ihn geschossen. Dann entfernten sich beide Fahrzeuge der KDP-Leute schnell vom Tatort. Der Sindi-Stamm, dem Sadik Ömer angehörte, reagierte entsprechend aufgebracht. Der Sindi-Stamm besteht aus neun Clans, und Sadik Ömer war aus dem Mala Acem Clan, der der größte dieser neun ist. Nach der Ermordung Sadik Ömers begann der Stamm zu recherchieren. Das Resultat dieser Recherchen war keineswegs überraschend. Es stellte sich heraus, daß es die KDP war, die den Mord geplant und ausgeführt hat. Der Stamm forderte von der PUK, daß sie die Mörder auf jeden Fall finden soll. Talabani (PUK) versuchte jedoch, die Sache einfach zu übergehen, indem er in seinem Beileidsschreiben an Sadiks Vater schrieb, daß Sadik als Märtyrer der PUK gilt, sich der Stamm aber gedulden soll.

Bei einem Interview erklärten die Stammesführer Süleyman Haci, Halik Sixo, Ismet Dino, Muhmmet Mecit, Abdullah Meho und Ömer Salih, daß sie die Mörder garantiert finden und bestrafen werden. Weiter sagten sie: "Wir haben unsere Beziehungen zur KDP, zur PUK und zu allen Organisationen eingefroren. Wenn sie uns die Mörder Sadiks nicht ausliefern, dann werden wir kämpfen". Auf die Frage, wie sie die Beidleidsbotschaften von Talabani und Barzani bewerten, sagte der Vater des ermordeten Sadik, Ömer Salih: "Die KDP mordet und redet dann hinterher ungeniert von Geduld, und daß er ein Märtyrer ist". Es kam heraus, daß derjenige, der den Mord an Sadik Ömer geplant hat, Sadun Mutni ist, der KDP-Verantwortliche für Dahok. Sadun Mutni hat die vier KDP-Leute mit der Ermordung Sadik Ömers beauftragt. Einer dieser vier KDP-Leute heißt Recep. Alle beide, sowohl Sadun Mutni als auch Recep, haben eine höhere Position innerhalb der Nachrichtendienstorganisation der KDP inne. Und Recherchen zufolge ist stark anzunehmen, daß Mutni und Recep auch enge Beziehungen zum türkischen Geheimdienst MIT unterhalten. Die beiden haben auch früher eine aktive Rolle in ähnlichen Fällen gespielt. Wie im Volk von Zaxo allgemein bekannt, haben Mutni und Recep auch schon eine aktive Rolle gespielt bei der Ermordung von Ali Saban, bei der Verhaftung des PAK (Freiheitspartei Kurdistans; eine junge Partei in Südkurdistan, die dort als einzige und im Gegensatz zu KDP und PUK die Unabhängigkeitslinie vertritt) ZK-Mitgliedes Tirej und im Zusammenhang mit dem "Verschwinden" einer ganzen Reihe von Patrioten, über deren Schicksal nie mehr etwas bekannt geworden ist. Nach der Ermordung Sadik Ömers wurde Magayi, einer der KDP-Verantwortlichen, vom Sindi-Stamm festgenommen, allerdings auf Intervention der PUK-Zentrale wieder freigelassen. Als der Sindi-Stamm dann erfuhr, daß der KDP-Verantwortliche für Dahok, Sadun Mutni nach Zaxo unterwegs ist, wurden



die Stammesmitglieder sofort mobilisiert, allerdings griff wieder die PUK ein, und der Stamm unternahm nichts. Mutni blieb dann nicht in Zaxo, sondern reiste direkt nach Silopi weiter, wo er sich mit Verantwortlichen des türkischen Militärs und des türkischen Geheimdienstes MIT traf. Er erstattete dem MIT detailliert Bericht über den Fall Sadik Ömer und wollte den Rat und Hilfe vom MIT bezüglich der Entwicklungen, die jetzt nach der Ermordung eintreten könnten. Außerdem stellte Sadun Mutni dem MIT all sein Wissen über die geografischen Verhältnisse Südkurdistans zur Verfügung und markierte auf der Landkarte alle Gebiete die von der PKK dort genutzt werden. Auch früher hat sich Mutni schon mehrmals mit Verantwortlichen des MIT getroffen.

Die Sindi-Stammes-Chefs haben erklärt, daß sie nicht lockerlassen werden, bevor sie nicht die Mörder ausgeliefert bekommen. Der Vater des Ermordeten, Ömer Sahlih erklärte, daß die Sache unbedingt gelöst werden muß, sonst werden sie kämpfen. Die UN-Vertreter in Zaxo haben Ömer Salih zu einer Unterredung in ihr Büro nach Zaxo bestellt. Zur gleichen Stunde haben sie auch den KDP-Verantwortlichen für Dahok in ihr Büro bestellt und mit ihm geredet. Zu dieser Zeit wurden der KDP-Verantwortliche für Dahok und sein Militärkommandant, dem 1.000 Kämpfer unterstellt sind, mit drei weiteren Personen in ihrem Fahrzeug im Stadtzentrum mit automatischen Waffen und Raketen angegriffen und getötet. Die KDP benutzte diesen Vorfall als Vorwand um eine große Zahl von Peschmergas nach Zaxo zu mobilisieren und die Dörfer des Sindi-Stammes anzugreifen. Diese Verräterpack hat die Frauen und Kinder der Dörfer des Sindi-Stammes als Geiseln verschleppt. Alle Mitglieder des Sindi-Stammes, die Waffen besitzen sind geschlossen in die Berge gegangen. Die PUK intervenierte in keinster Weise gegen die Umzingelung der Sindi-Dörfer durch die KDP. Sie will sich dann auch noch als "Vermittlerin" zwischen den beiden Kräften - dem Sindi-Stamm und den KDP-Peschmergas anbieten.

Warum wurde Sadik Ömer ermordet?

Sadik Ömer, der 21 Jahre lang für die KDP gearbeitet hatte, hat den Verrat, den die KDP betreibt, nicht mehr länger hingenommen und Sympathien für den Kampf der PKK in Kurdistan entwickelt. Der Sindi-Stamm blickt bis heute auf 104 Märtyrer aus seinen Reihen zurück. Das Volk von Zaxo, das erklärt, daß die Ermordung Sadik Ömers einen Angriff auf die patriotischen Kräfte darstellt, verurteilt diesen Mord mit aller Schärfe. Sadik Ömer hatte die Realität erkannt, daß der unter der Führung der PKK entwickelte Kampf Kurdistan zur Befreiung führen wird und die Kollaborateure der stammesfeudalen nationalistischen KDP, in deren Reihen er lange Jahre gekämpft hatte, dem kurdischen Volk nichts geben werden, und verteidigte die Tatsache, daß die Befreiung Kurdistans nur über die richtige und revolutionäre Führung möglich wird. Sadik Ömer wurde zum aktiven Unterstützer des von der PKK in Nordwest-Kurdistan geführten Kampfes. Die KDP fühlte sich dadurch beunruhigt. Die revolutionäre Arbeit der PAK hat die KDP ohnehin schon ziemlich in die Ecke gedrängt. Die im Volk isolierte KDP hat natürlich ihrer Struktur entsprechend, die sich schnell entwickelnde revolutionäre Welle als eine große Gefahr für sich erkannt und die TR um Hilfe zu rufen begonnen. Sadik Ömer und die Leute in seiner Umgebung waren sehr wütend über die offizielle Verfestigung der Beziehungen zwischen der KDP und der TR, da das darauf abzielt, die

Konterguerillaangriffe gegen das kurdische Volk mithilfe der KDP nach Südkurdistan zu transportieren und das sich immer massenhafter auf die Seite des Befreiungskampfes stellende Volk aus Südkurdistan einzuschüchtern. Das Volk von Südkurdistan weiß, daß, nachdem die KDP diese schmutzigen Beziehungen mit der TR eingegangen ist, der türkische Geheimdienst MIT die KDP als Marionette gegen das patriotische Volk in Süd-



kurdistan einsetzt. Die immer wiederholten Statements der KDP, sie würde nicht zulassen, daß die PKK sich in Südkurdistan aufhält, sind ein deutliches Beispiel. Die Kurden von Zaxo sind der Meinung, daß die Indizien, daß Barzani in der Beileidsbotschaft an den Vater des ermordeten Sadik Ömer erklärte: "Ich werde die Mörder Sadiks garantiert finden", und obwohl er die Mörder kennt, überhaupt nichts unternimmt, als auch die Angriffe auf die Dörfer der Patrioten, genügend deutlich machen, daß sie Kollaborateure voller Falschheit sind, denen nicht zu vertrauen ist. Es ist ganz offensichtlich, daß die Ermordung Sadik Ömers ein Angriff der KDP in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst MIT gegen das kurdische Volk war. Das Volk weiß ganz genau, daß diese Kollaborateure dem kurdischen Volk nichts als Schaden und Unglück bringen.

Die Stämme in Behdinan

In der Region Behdinan gibt es fünf große Stämme. Der größte dieser fünf ist der Berwari-Stamm. Sein Stammesführer Nasir hat 10.000 bewaffnete Kräfte. Der zweitgrößte Stamm ist der Sindi-Stamm, dem der ermordete Sadik Ömer angehörte. Der Stammesführer Süleyman Hase Abdülkerim und Serhat Haci haben 5.000 bewaffnete Kräfte. Ein weiterer großer Stamm ist der Gule-Stamm.

Was den Sindi-Stamm anbelangt, der aus neun Clans besteht, so verfügt der Mala Acema-Clan über 800 bewaffnete Männer und der Mala Husava-Führer Bisar Salah über 1.000 bewaffnete Männer. Die Micole-Clan-Führer Hamit Keri und Xalit Sixo haben 800 bewaffnete Männer. Der Benistane-Clan-Führer Ismet Dino hat 900 bewaffente Männer. Der Mame Zine-Clan-Führer Osman Xalit hat 600 bewaffnete Männer. Die Sivamine-Clan-Führer Muhammet und Ahmet Seyyar verfügen über 700 bewaffnete Männer. Der Basalim-Clan-Führer Ömer Ali Xalit verfügt über 400 bewaffnete Männer.

Wer ist Fadil Mutni?

Der Stamm Fadil Mutnis migrierte vor Jahren von Silopi nach Südkurdistan. Mutni, der Mitglied im ZK der KDP ist, ist gleichzeitig der Verantwortliche für Dahok. Die wichtigste und überall bekannte Tatsache jedoch ist, daß Mutni für den MIT arbeitet. Das Volk erklärt, daß er sowohl zum MIT als auch zum irakischen Geheimdienst Beziehungen unterhält. Er war es auch, der bei den Autonomieverhandlungen mit dem irakischen Regime auf höchster Ebene die Beziehungen herstellte. Er hat auch Bandenkräfte unter seinem Befehl, die eine Spezialausbildung durchlaufen haben. Ihm sind Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die sonst niemand besitzt. Alle Methoden und Taktiken, die die TR in Nordwest-Kurdistan gegen das Volk einsetzt, wendet Mutni genauso in Südkurdistan an. Jeder weiß, daß er eine wichtige Rolle bei der Ermordung und beim "Verschwinden" von bisher fast 60 Menschen in Südkurdistan spielte. Die Methoden, die er anwendet, sind die der Kontrabanden aus Nordwest-Kurdistan.

Fadil Mutni betreibt gemeinsam mit dem MIT auch Drogenschmuggel und Frauenhandel. Daß er nach der Ermordung Sadik Ömers gleich nach Silopi ging, um mit MIT-Verantwortlichen zu reden, bestätigt auch nocheinmal all diese Vorwürfe gegen ihn. Das Volk in Südkurdistan bezeichnet

Fadil Mutni als die Konterguerilla der KDP. Daß, all das der KDP-Zentrale bekannt ist, wird auch von Zeugen bestätigt. Es wurde aufgedeckt, daß Mutni eine Hauptrolle bei der Verhaftung des PAK-ZK-Mitglieds Tirej und bei der Ermordung Ali Sabans gespielt hat.

Talabani, ein Diplomat?

Selbst Talabani weiß ganz genau, worauf der Mord an Sadik Ömer, der einer der Fortschrittlichen in der PUK war, abzielt. Talabani hat sich selbst die Rolle eines "Vermittlers" bei den Auseinandersetzungen zwischen den patriotischen Befreiungskräften und den stammesfeudalen nationalistischen Kräften zugedacht. Für ihn ist die traurige Tatsache, daß diese stammesfeudalen nationalistischen Kräfte, die das kurdische Volk spalten und gegeneinander hetzen wollen, Menschen aus dem Volk ermorden, eine günstige Gelegenheit, die er auf jeden Fall für seinen Vorteil nutzen will. Das sind genau die Methoden, die die TR auch anwendet. Das gleiche, was sich in der TR zwischen den "Sozialdemokraten" und der Demirel-Regierung auf protokollarischer Ebene abspielt, macht die KDP in Südkurdistan mit der PUK. Die diplomatische Mission, die Talabani sich selbst zugesprochen hat, erinnert an die Versuche, die "Hisbollah"-Kontra, die von den Polizei- und Militärkräften der TR gebildet worden ist, in der Öffentlichkeit als eine eigenständige Kraft darzustellen, die von sich aus gegen die PKK kämpfe und nicht unter der Kontolle des Staates stünde und darüberhinaus auch noch eine Vermittlerrolle innehabe. Herr Talabani hat immer noch nicht begriffen, daß die primitive PUK-Mentalität das Volk nicht täuschen kann. Talabani muß wissen, daß er, wenn er das Amt eines falschen Verteidigungsministers in einer Regierung der Falschheit übernimmt, nicht mal in der Lage sein wird, sich selbst zu verteidigen. Wenn Auseinandersetzungen zwischen der KDP und der PAK oder der PKK begonnen werden, will Herr Talabani also als selbsternannter Diplomat zwischen den beiden Fronten vermitteln. Er muß wissen, daß die PKK keinen solchen Vermittler braucht. Er muß wissen, daß er in Kurdistan kein Land auf den Interessen des Imperialismus gründen kann, daß seine diplomatischen Aktivitäten unter dem Vorzeichen der Kapitulation keinen Erfolg haben werden und daß er, wenn er wirklich an die Zukunft des kurdischen Volkes denkt, zu allererst einmal seine Beziehungen zur TR abbrechen muß, dann eine demokratische Position gewinnen, und dann keine "Vermittlung" betreiben, sondern Anstrengungen unternehmen muß, eine Lösung für die Sehnsüchte und Forderungen des Volkes zu finden.

Das Attentat auf Madame Mitterrand

Mit dem scheinbar auf Frau Mitterrand abgezielten Attentat sollte demonstriert werden, daß in Südkurdistan ein Klima der Unsicherheit herrscht und deshalb die Präsenz der NATO-Eingreiftruppen notwendig sei. Ein ähnliches Attentat wurde vorher bereits während der Wahlen in Südkurdistan bei der Versammlung der Kräfte, die sich an der Wahl beteiligten, in Shaqlawa inszeniert. Jedem vernünftigen Menschen dürfte klar sein, daß innerhalb so kurzer Zeit zwei ganz ähnlich inszenierte Attentate kein Zufall sind. Eine weitere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellen müßte, ist der Umstand, daß Frau Mitterrand bei diesem Attentat nicht die geringste Verletzung davontrug. Manche Quellen behaupteten freilich nach diesem Attentat, es sei von Saddam-Kräften begangen worden. Saddam selbst hat dies über seine Armeezeitung dementiert. Außerdem behaupten manche Quellen, vor kurzem habe es einen Putsch gegen Saddam gegeben, der allerdings gescheitert sei. Kommen wir nun zu den Gründen für all diese Behauptungen. Untersuchen wir einmal, wie hoch der Wahrheitsgehalt all dieser aufgestellten Behauptungen ist. Mit der Ermordung Sadik Ömers hat die KDP begonnen, ihre der TR gegebenen Versprechen einzulösen. Die KDP treibt jetzt diese widerwärtigen Angriffe jeden Tag ein wenig weiter. Die PKK beginnt jetzt auch in Südkurdistan ein immer furchteinflössenderer, gefährlicher Herd des Widerstands gegen die Imperialisten und die TR zu werden, so wie sie es in Nordwest-Kurdistan schon lange ist. Südkurdistan soll unter den "Schutz" der TR gestellt werden, um die Entwicklung der PKK dort aufzuhalten, damit der türkische Staat einen Atempause bekommt. Mit dem inszenierten Schein-Attentat auf Frau Mitterrand sollte versucht werden zu demonstrieren, daß Südkurdistan ein unsicheres Gebiet ist und eine Gefahr darstellt. Sowohl die Widersprüche der verschiedenen kurdischen Kräfte untereinander, als auch das Gewinnen an Stärke der PKK und das Dynamit, das das entstandene Machtvakuum an der Basis der vorhandenen Kollaborateurskräfte darstellt, haben die Interessen der ganzen Imperialisten und ihr nur zur Schau gestelltes Demokratiegeschrei in eine Sackgasse geführt. Jeder weiß, daß ein Attentat nicht irgend eine kleine Aktion ist. Es ist zumindest ziemlich fraglich, ob Saddam, trotz der gegen seine Macht gerichteten Bombenteppiche während des letzten Golfkrieges eine solche Aktion in Angriff nehmen würde. Viel glaubhafter und wahrscheinlicher ist es da schon, daß dieses Schein-Attentat vom türkischen Geheimdienst MIT gemeinsam mit dem CIA durchgeführt wurde. Damit beabsichtigten sie der Welt zu demonstrieren, daß Südkurdistan ein unsicheres Gebiet ist und es notwendig sei, daß die TR dort eine gesetzlich abgesicherte aktivere "Schutz"-Rolle spielen müsse. Das zeigt, welch lebenswichtige Rolle alle imperialistischen Kräfte, die ihre NATO-Eingreiftruppen nach Kurdistan entsandt haben, diesen zurechnen. Eine solche Taktik wird hier schließlich auch nicht das erste mal angewendet. Im Libanon herrschte jahrelang Bürgerkrieg. Es ist auch noch nicht jedem Menschen gelungen zu begreifen, wer da gegen wen gekämpft hat. Aber innerhalb einer halben Stunde war im Libanon plötzlich alles zuende. Auf genau einer solchen Basis war auch dieses Schein-Attentat in Südkurdistan geplant. Sie beabsichtigten, zuerst durch die Ermordung Sadik Ömers die PAK gegen die KDP zu hetzen und Vorwände für die Angriffe der KDP auf die patriotischen Kräfte zu schaffen. Niemand würde auf die Idee kommen, daß Frau Mitterrand von der KDP oder der PUK angegriffen werden könnte, denn sie war ja ihr Gast und Freund. Ein wichtiger Punkt bei der ganzen Inszenierung war der, daß das Fahrzeug, das direkt hinter dem von Frau Mitterrand fuhr, angegriffen wurde. Genau das gleiche Muster wurde bei dem Attentat während der Wahlen in Shaqlawa benutzt, so daß diese Aktion als eine Generalprobe für das Mitterrand Schein-Attentat gewertet werden kann.

Ein weiterer Hintergrund für diese Inszenierung ist in den Widersprüchen und

inneren Machtkämpfen zwischen den imperialistischen Kräften zu suchen. Es herrschen massive Widersprüche zwischen den USA, der BRD und Frankreich, was ihre Kurdistanpolitik anbelangt. Es ist kein Geheimnis, daß die USA versuchen, über die TR ihren Einfluß auf Kurdistan durchzusetzen und die BRD sowie Frankreich hinauszudrängen. So hat die BRD mit dem von ihr angeblich wegen der Newrozmassaker verhängten vorübergehenden Waffenembargo, und Frankreich gleich nach dem Massaker und Waffenboykott der BRD durch den Besuch Mitterrands in der TR, bei dem er sich gegen die Unabhängigkeit für die Kurden äußerte, das gleiche Ziel verfolgt. Beide versuchen damit Einfluß auf die TR und damit, über Kurdistan auszüuben.



Die USA wollen, daß keine andere Kraft außer ihnen in Kurdistan einen Fuß auf den Boden bekommt. Unter diesem Aspekt kann dieses inszenierte Attentat auf Frau Mitterrand auch als eine Warnung seitens des türkischen Geheimdienstes MIT und des US-amerikanischen CIA, die Frau Mitterrand während ihrer Kurdistan-Reise ständig verfolgten, gewertet werden, sich nicht in die Vorgänge in Kurdistan einzumischen. Auch das Schweigen der französischen Regierung zu dem Vorfall deutet darauf hin, daß sie es verstanden hat, daß es sich um eine Drohung seitens der USA handelt.

Die USA wollen nun die Früchte ihres gegen den Irak geführten Krieges, mit dem sie Saddam geschwächt haben, alleine ernten. Sie wollen auch noch mehr Einfluß auf ihre Verbündete, die TR, ausüben, die durch den kurdischen Befreiungskampf massiv in Bedrängnis geraten ist. Ihre Macht stützt sich auf die Kollaboration, und sie versuchen, die Kollaboration zu instutionalisieren. Die TR stellt für die USA eine Verbündete dar, mit der sie die imperialistischen Ziele im Mittleren Osten durchsetzen können und die TR braucht die reaktionären kurdischen Kollaborateurskräfte wie die KDP und versucht, deren Einfluß auf ganz Kurdistan zu verbreiten um den Befreiungskampf zu ersticken.

Großoffensive der Guerilla

Krieg ist eine Kunst und diejenigen, die diese Kunst anwenden, sind die Kämpfer und Kämpferinnen. Wie bei jeder Kunst gibt es auch hier Feinheiten und Größe. In Kurdistan, wo die Menschen dazu gezwungen sind, diese Kunst anzuwenden, kommt dem noch einmal eine andere Bedeutung zu. In Kurdistan ist die Erlangung der Freiheit, Unabhängigkeit, Schönheit und des Lebens an das Kriegführen gebunden. Ist es vorstellbar, daß das Leben ausgerechnet aus dem Tod kommt?



In Kurdistan kann das Leben nur aus den unzähligen Gefallenen für die Befreiung entstehen, aus denen wie aus in die Erde gefallenen Samen die Blumen der freien Zukunft erblühen werden. Mag sein, daß das für andere schwer zu verstehen ist, aber das kurdische Volk hat das verstanden und weiß, daß es keinen anderen Weg gibt sich aus der Sklaverei des Kolonialismus und dem Würgegriff des Imperialismus zu befreien. Der Feind, der angesichts der Serhildans des Volkes und der unter unglaublich schweren Bedingungen kämpfenden Guerilla, um das Fortbestehen des kolonialfaschistischen Regimes kämpft, das trotz aller Hilfe von den imperialistischen Staaten immer mehr an Boden verliert, setzt alle schmutzigen Mittel seines Spezialkriegs immer massiver gegen das kurdische Volk ein. Der Guerilla ist es in den letzten Wochen einmal mehr gelungen, dem kolonialfaschistischen Regime heftige Schläge zu versetzen und Niederlagen beizubringen und die Initative in ihre Hand zu bekommen.

Hier Beispiele der Aktionen der ARGK in den letzten Wochen in chronologischer Reihenfolge (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

21. Mai 92: Die Poststation Ardahan/ Gülbilen wurde von der Guerilla durch Raketen zerstört. Der Sachschaden beträgt circa sieben Milliarden TL

1. Juni 92: Auf der Olur Hochebene in Erzurum wurde ein Militärfahrzeug zerstört. Über die Verluste des Feindes liegen keine genauen Informationen vor.

4. Juni 92: Bei einem von der ARGK gelegten Hinterhalt im zur Provinz Erzurum gehörenden Kreis Senkaya wurden zwei als Lehrer und Bibliotheksbeamter getarnte Agenten des türkischen Geheimdienst MIT und sieben Spezialteamkräfte getötet.

5. Juni 92: Die Kaserne im Dorf Hosvan (Hasköy) in Ardihan wurde mit Raketen beschossen, es entstand großer Sachschaden.

6. Juni 92: Eine Person der Spezialteamkräfte wurde durch Auffahren auf eine von der ARGK gelegten Mine an der gleichen Stelle getötet. Drei Agenten des Geheimdienstes MIT wurden im Dorf Gürbüz im Kreis Selim mit dem Tod bestraft.

14. Juni 92: Bei einem Angriff der Volksbefreiungsarmee auf die Kaserne Avyan in Eruh wurden 25 feindliche Soldaten getötet.

15. Juni 92: Bei einem Gefecht im zur Provinz Mus gehörendem Kreis Varto wurden zwei feindliche Soldaten getötet.

Im Dorf Ardictepe in der Provinz Bingöl wurden sieben "Dorfschützer" getötet.

20. Juni 92: Die Kaserne im Dorf Peri-

hanli (Katolan) in Yüksekova wurde von der Volksbefreiungsarmee angegriffen. Dabei wurden 27 feindliche Soldaten getötet. Bei diesem Angriff sind 14 Befreiungskämpfer gefallen.
21. Juni 92: Ein F-104 Kriegsflugzeug der türkischen Luftwaffe, das zu Bombardements auf Südkurdistan unterwegs war, wurde von der ARGK über Südkurdistan (irakisches Staatsgebiet) abgeschossen.
23. Juni 92: Im Kreis Kiziltepe wurde ein Fahrzeug eines Spezialteams von der ARGK beschossen. Dabei wurden fünf Spezialteamkräfte getötet und zwei weitere verletzt.
24. Juni 92: Gegen 5.00 Uhr fuhr im Kreis Silopi eine Fahrzeugkolonne auf eine von der ARGK gelegte Minie auf. Dadurch wurden zwei Soldaten getötet und sechs verletzt.
26. Juni 92: Bei einem Gefecht im Kreis Viransehir in der Provinz Urfa wurden fünf feindliche Soldaten getötet. Bei diesem Gefecht ist ein Befreiungskämpfer gefallen.
Gegen 22.30 wurde ein als "Moschee" getarntes Konterguerillaausbildungszentrum im Dorf Suse (Yolac) in Diyarbakir-Silvan von der ARGK angegriffen. Die zehn Konterguerillakräfte wurden getötet und vier Kalaschnikows, eine Pistole Kaliber 14 und drei Handgranten vergesellschaftet.
28. Juni 92: Bei einem Angriff auf einen Betrieb der Gesellschaft Meta in Viransehir wurde ein großes Funkgerät vergesellschaftet und der Betrieb anschließend von der Guerilla mit allen dort gelagerten Geräten zerstört.
Bei einem Gefecht zwischen der türkischen Kolonialarmee und der Volksbefreiungsarmee Kurdistans in den Tendürek-Bergen in Serhat wurden 12 feindliche Soldaten getötet und ein Hubschrauber abgeschossen. Die Hubschrauberbesatzung, ein Hauptmann und ein Oberstleutnant, wurden schwer verletzt.
Um Mitternacht wurde eine in Uludere stationierte türkische Armeeinheit von einer großen Guerillaeinheit angegriffen. 13 feindliche Stellungen wurden vollkommen zerstört. Von den 60 Soldaten, die sich in diesen Stellungen befunden haben, wurden 40 getötet und 20 verletzt. Ein Befreiungskämpfer ist bei dieser Aktion gefallen. Es wurden acht Militärtaschen, 2.400 Schuß G-3-Munition, zwei G-3-Gewehre, ein BKC-Gewehr, zwei Paronenstränge BKC-Munition, 2.460.000 TL, ein Fernglas und zwei Zelte vergesellschaftet.
29. Juni 92: In Hizan-Soguksu wurde ein Bus mit zehn "Dorfschützern", die trotz mehrmaliger Warnungen sich beharrlich geweigert hatten, ihren Dienst für den türkischen Staat aufzugeben, angehalten und die "Dorfschützer" mit dem Tod bestraft.
Im Dorf Merge in der Provinz Uludere wurde die Beton Cesme Kaserne von der ARGK angegriffen. Dabei wurden zehn feindliche Soldaten getötet und 15 verletzt.
Bei einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und der Volksbefreiungsarmee Kurdistans im Kreis Hinis in der Provinz Erzurum wurden sechs feindliche Soldaten getötet und fünf verletzt.
Ein Konterguerillaausbildungszentrum in Kiziltepe wurde von der ARGK angegriffen. Dabei wurden drei Konterguerillakräfte getötet.
In Baskale an der iranischen Staatsgrenze wurden bei einem von der ARGK gelegten Hinterhalt acht Spezialteamkräfte getötet.
30. Juni 92: Ein F-104 Flugzeug wurde von der ARGK abgeschossen.
3. Juli 92: Bei einem Angriff im Dorf Kocyurdu (Sikefte) in Sirnak-Güclükonak wurden fünf feindliche Soldaten und zwei Offiziere getötet.
5. Juli 92: Die Verbindungsstraße Mardin - Nusaybin wurde für drei Stunden von der Guerilla gesperrt, um Personenkontrollen durchzuführen. Dabei wurden ein Hauptmann und zwei Unteroffiziere sowie 15 weitere Personen zum Verlassen der Gegend aufgefordert. Bei einem Angriff der ARGK auf die Gendarmariestation im Dorf Büyükagac in Van-Catak wurden vier Gendarmen getötet und sieben verletzt.
Bei einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und der Volksbefreiungsarmee Kurdistans in Maras-Elbistan wurden vier feindliche Soldaten getötet. Bei diesem Gefecht sind drei Befreiungskämpfer gefallen.
6. Juli 92: Bei einem Angriff der ARGK auf die Kaserne Serge bei Catak wurden alle feindlichen Stellungen zerstört. Dabei wurden elf der 90 feindlichen Soldaten getötet und eine große Zahl verletzt. Außerdem hat die Guerilla eine große Menge an Militärausrüstung vergesellschaftet.
Die Guerilla nahm auf der Sere Ave Weide in Nusaybin einen Agenten, einen Offizier und drei feindliche Soldaten gefangen.
7. Juli 92: Bei Angriffen der Volksbefreiungsarmee in den Dörfern Asagi Yaniktas und Yukari Yaniktas im zur Provinz Van gehörenden Kreis Caldiran wurden zwölf "Dorfschützer" und vier feindliche Soldaten getötet.
Im Provinzzentrum von Hakkari wurden bei Deping zwei Polizisten an einem Kontrollpunkt getötet.

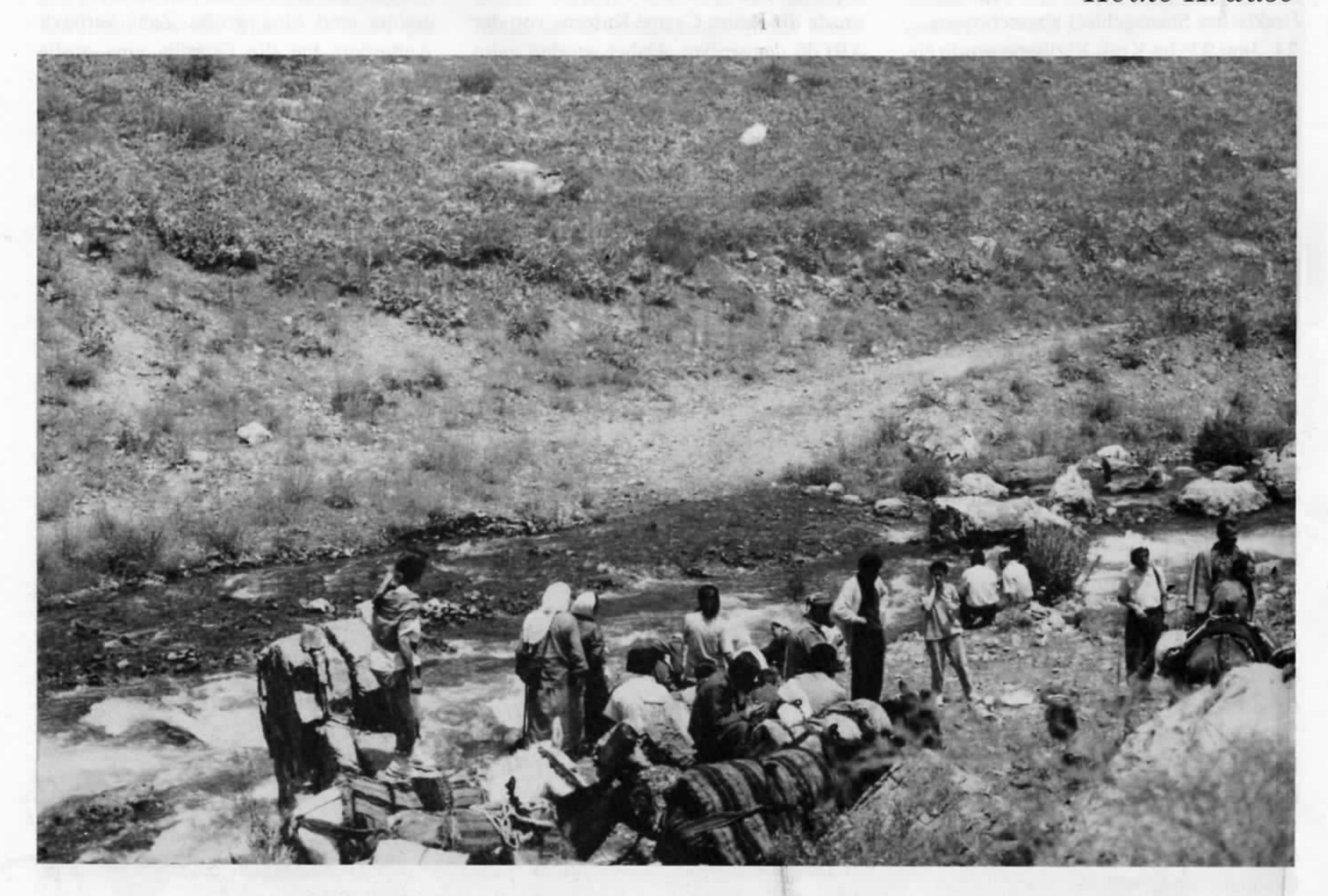


9. Juli 92: In der Provinz Bingöl, Kreis Solhan, wurden fünf "Dorfschützer", die für den Tod von Guerillakämpfern verantwortlich sind, von der ARGK mit dem Tod bestraft.
Bei einem Angriff der Volksbefreiungsarmee auf eine Kaserne im Dorf Alacik in Dersim-Pülümür wurden 18 feindliche Soldaten getötet. Das anschließende Gefecht zog sich auch am nächsten Tag noch hin. Dabei wurde ein Hubschrauber von der Guerilla abgeschossen und zwei Panzer durch Raketen zerstört. Über die Zahl der vermutlich sehr hohen Verluste auf seiten der türkischen konnte aufgrund der Verschleierungspolitik des türkischen Staates bis Redaktionsschluß noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Reisebericht

Von Istanbul nach Mehri

Heike Krause



Für den Deutsch-Kurdischen-Freundschaftsverein, Köln, habe ich als Vorsitzende in der Zeit vom 18. Juni 1992 bis zum 24.6.1992 die erste Gruppe von 14 kurdischen Familien, deren Dorf das türkische Militär während des Golfkrieges zerstört hat, zusammen mit einer Begleitergruppe - bestehend aus Vertretern der HEP, Journalisten, Anwälten und mehreren Kurden und Kurdinnen - zurückbegleitet.

Bevor ich über die Bedingungen, unter denen dieser Rückmarsch in die Kriegsregion Botan bis weit hinein in das Hakkari Gebirge nach Mehri stattgefunden hat, berichte, möchte ich eine wichtige Erfahrung an den Anfang stellen:

Obwohl mir bekannt gewesen ist, daß das türkische Militär mit brutaler Gewalt täglich Massaker gegen die kurdische Zivilbevölkerung verübt, kritische Journalisten und Abgeordnete der HEP auf offener Straße erschießt und mit Propaganda den Befreiungskampf des kurdischen Volkes als Terrorismus zu diffamieren versucht und dabei die PKK als terroristische Vereinigung mit allen nur denkbaren Vernichtungskonzepten verfolgt, ist es ein gewaltiger Unterschied, über diese Tatsachen hier in Deutschland zu hören, oder die brutale Realität vor Ort selbst zu erfahren.

Ich denke, niemand kann nach einem solchen Marsch als der Mensch zurückkehren, der er bislang gewesen sein konnte.

Es ist leicht, aus einer Wohlstandsgesellschaft heraus die Kriege in der Welt aus den Zeitungen und dem Fernsehen zur Kenntnis zu nehmen und sich seine theoretische Meinung dazu zu bilden. Wer auf dieser Ebene der bloßen Zur Kenntnisnahme die Völkermorde in der Welt verfolgt, müsste sich ehrlich gesagt auch zum Egoismus bekennen.

Alles andere als Egoismus hingegen habe ich auf diesem Marsch von Istanbul nach Mehri erfahren. Wir waren eine Gemeinschaft, in der sich jeder auf jede und jeden verlassen konnte. Auf dieser Grundlage erwächst Stärke und die Entschlossenheit, daß es im Kampf um das Überleben und die Befreiung Kurdistans kein Zurück mehr gibt.

Am 18. Juni haben wir uns im Büro der HEP Istanbul getroffen. Viele hundert Menschen, Alte und Junge, Männer und Frauen waren gekommen, um ihre Gemeinsamkeit mit unserer Gruppe von ganzem Herzen zum Ausdruck zu brin-

gen. Mit zwei Bussen sind wir von Istanbul aus gestartet. Bis zum Stadtrand von Istanbul sind wir immer wieder von der kurdischen Bevölkerung unterwegs verabschiedet worden. Unsere 25 stündige Busfahr führte über Ankara, Adana, Gaziantep, Kiziltepe, Nusaybin, Cizre, Sirnak nach Uludere. Bis Kiziltepe gab es keine nennenswerten Vorfälle und die ganze Nacht hindurch haben wir im Bus gesungen und getanzt.

Als unser Bus in Kiziltepe kurz hielt, wurden wir sofort mit dem türkischen Militär und den immer präsenten bewaffneten Sicherheitskräften jeglicher Art konfrontiert. Es war unmöglich, sich unkontrolliert in dieser Stadt zu bewegen. An allen zentralen Stellen waren gepanzerte Militärfahrzeuge aufgefahren, und bewaffnete Einheiten beobachteten mit dem Maschinengewehr im Anschlag jede Regung. Die Atmosphäre von Gewalt und existentieller Bedrohung dauerte von hier an fort. Die Hauptstrasse nach Cizre führte entlang an der verminten syrischen und irakischen Grenze. Inmitten des flachen und ausgetrockneten Landes erhoben sich immer wieder die Grenzposten und nur vereinzelt gab es kleinere Ortschaften direkt an der Hauptstrasse.

Als wir am 19. Juni gegen Mittag Cizre erreichten, verstärkte sich zunehmend das Aufgebot an türkischen Soldaten. Vor uns fuhr ein Panzer aus NVA-Beständen und das Militär richtete provokativ die Kanone auf unsere Busse. Es ist nicht zu übersehen, wie verarmt die Bevölkerung hier ist. Das Militär hingegen hat sich feste mehrgeschössige Wohnhäuser errichtet. Man muß sich einfach nur die Häuser ansehen, und schon zeigt sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen anwesendem Militär und der kurdischen Bevölkerung von ganz allein.

An den Berghängen hat das Militär immer wieder mit Steinen Sprüche angebracht, z.B. wie glücklich es sei, Türke zu sein und daß der Türke keine Angst habe zu sterben.

Zwischen Sirnak und Uludere wurden wir am Abend in einem kleinen Bergdorf angehalten, in dem die Conterguerilla Hand in Hand mit dem türkischen Militär arbeitet. Diese Conterguerilla rekrutiert zum Teil ihre Kräfte aus der kurdischen Dorfbevölkerung. Wir mussten anhalten und wurden auf einen umzäunten Hof kommandiert. Unsere Pässe wurden kontrolliert, und es war überhaupt nicht einschätzbar, was nun passieren würde. Ich wurde gefragt, ob ich nicht wisse, daß hier in den Bergen überall Terroristen seien. Es war eine absolut gespannte Atmosphäre, aber es war unausgesprochen klar, daß wir alle fest zueinanderhalten. Wir durften schließlich weiterfahren, mußten aber mindestens 10 weitere Kontrollstellen passieren auf einer Strecke von etwa 10 Kilometern. Uludere erreichten wir in der Nacht und wir übernachteten dort bei verschiedenen Familien, die uns wieder mit herzlicher Freude aufnahmen und bewirteten. Wir erfuhren, daß es vor etwa 20 Tagen der Guerilla erfolgreich gelungen war, das Militär aus den Bergen um Uzungecit (ca. 1 Stunde von Uludere entfernt) zurückzuschlagen und die Berge in dieser Gegend nun von der Guerilla kontrolliert werden. Ein Karakol (Polizeiwache), welches nur wenige Kilometer von Uludere entfernt lag, hatte die Guerilla vollständig zerstören können. Angesichts dieser nahen Ereignisse bewegten sich das Militär, die zivilen Sicherheitskräfte und die Conterguerilla nur noch auf der Hauptstrasse von Uludere. Die Berge rings um Uludere haben eine Kesselwirkung, und es ist nicht möglich für das Militär, wieder zurück in die Berge vorzudringen, ohne gleichzeitig größere Verluste in Kauf zu nehmen.

Am 20. Juni wurden wir vom Militär an der Weiterfahrt nach Uzungecit gehindert. Wir erhielten eine Ausgangssperre und mussten uns den ganzen Tag über unter ständiger Kontrolle in einer Teestube aufhalten. Wieder war die Situation völlig uneinschätzbar. An den wenigen Geschäften hingen Hochglanz-Fahndungsplakate, auf denen der türkische Staat aufrief, die Bevölkerung soll helfen, Abdullah Öcalan und den Guerillaführer Botan zu fassen. Eine hohe Belohnung wurde garantiert.

Die Bevölkerung in Uludere steht aber offensichtlich mehrheitlich hinter der PKK und dem Befreiungskampf, so daß diese Plakate zum untauglichen Versuch einer falschen Propaganda werden. Es war angenehm, wenn wir in den Häusern die Befreiungsmusik aus den Kassettenrekordern hörten. Gegen 16 Uhr kam der Befehl, daß wir uns alle zum Karakol zu begeben hätten. Dort wurden wir bis zum späten Abend von schwer bewaffneten Sicherheitskräften und dem Militär festgehalten. Wieder war die Situation nicht einschätzbar. Wir wurden alle einzeln verhört und mussten den Grund unserer Fahrt zu Protokoll geben. Unsere Pässe



wurden eingezogen. Wir durften danach das Karakol zwar wieder verlassen, doch ohne die Gewißheit zu haben, ob wir am nächsten Tag unsere Fahrt fortsetzen durften. In der Nacht fielen viele Schüsse in den Bergen, die uns aber keine Sorge bereiteten, da diese wohl eindeutig von der Guerilla abgefeuert wurden. Am nächsten Tag ließ der Polizeipräsident mitteilen, wir dürften nicht weiterfahren und sollten nach Istanbul zurückkehren. Wir waren uns einig, daß wir dies nicht tun würden und daß wir uns auch unter keinen Umständen trennen lassen würden. Wie-

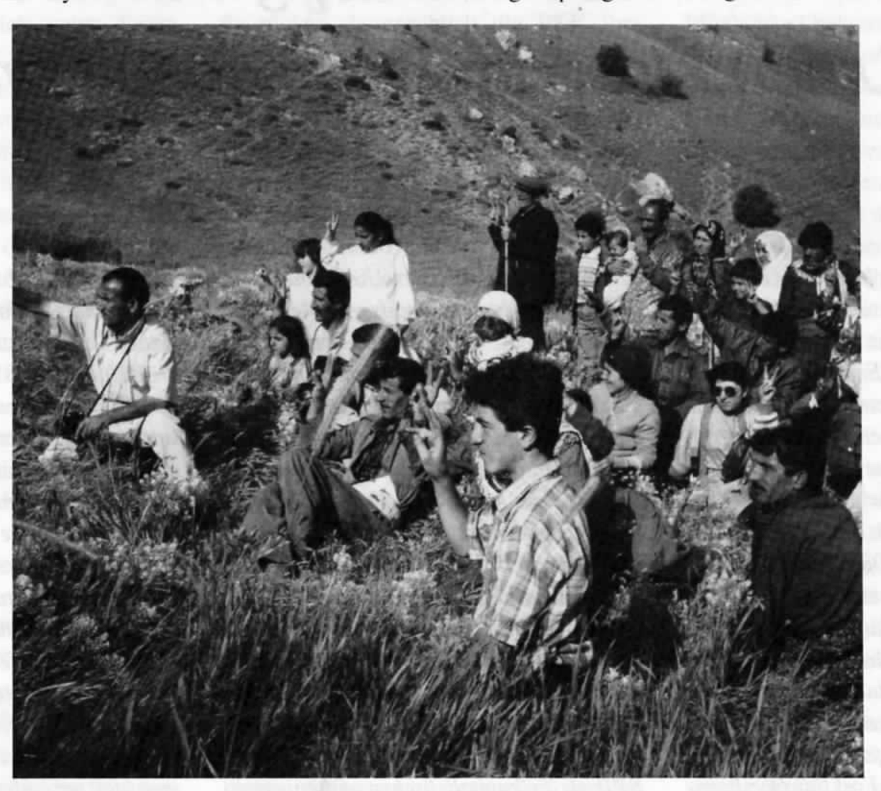


der war die Lage nicht einschätzbar. Gegen Mittag hieß es plötzlich, wir könnten weiterfahren. Nun endlich waren wir in den Bergen und befreit von türkischen Militär.
In Uzungecit hatte die Guerilla, die mit dem türkischen Militär paktierende Korucus (übersetzt: Waldhüter) aus dem Ort vertreiben können und ihnen eine Frist von 50 Tagen gesetzt, binnen der sie sich überlegen können, ob sie fortan dem türkischen Militär weiter dienen wollen oder sich dem Befreiungskampf anschließen wollen.
Bis spät in den Abend hinein unterhielten wir uns mit dem Bürgermeister von Uzungecit und zahlreichen Milizen. Viele Fragen wurden an mich gerichtet, wie das deutsche Volk sich zum Befreiungskampf in Kurdistan verhalte. Großen Zuspruch fand die Tatsache, daß wir in Köln den Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein gegründet haben. Immer wieder wurde mir mitgeteilt, daß diese Freundschaft auf große Dankbarkeit des kurdischen Volkes stößt und wir fortan den harten Weg des Befreiungskampfes gemeinsam gehen wollen. Der Bürgermeister von Uzungecit war auch sehr interessiert an einer Städtepartnerschaft mit Köln und an einem Kontakt zum Bürgermeister von Köln. Leider musste ich auch meine Sorge über den wachsenden Rassismus in Deutschland zum Ausdruck bringen.
Am 22. Juni brachen wir gegen Mittag, nachdem uns schließlich mehrere Maultiere und Esel zur Verfügung gestellt worden waren, auf in das Gebirge nach Mehri. Es war ein Marsch von 8 Stunden und die Bedingungen waren sehr hart. Reißende Gebirgsbäche mußten überquert werden, und oft hatten die Tiere nur die Möglichkeit durch die Flüsse zu gehen, da die Gebirgshänge viel zu steil waren und vollen Geröll. Die Landschaft hier im Hakkari Gebirge ist wunderschön. Das Wasser ist so weich und rein, daß es zum bestem Getränk überhaupt wird. Die Diesteln schmecken süß und die Blumen sind so zahlreich in ihrer Art.
Immer wieder trafen wir auf kleine Ortschaften, die vom Militär völlig zerstört worden waren. Die elektrischen Leitungen waren zerrissen und die Mäste umgehauen. Die Dorfbevölkerung ist vertrieben worden und muß heute in bitterer Armut irgendwo in der Türkei leben, wie z.B. in Istanbul in den Armenvierteln, wo es keinerlei staatliche Unterstützung gibt.

Vereinzelt kreisten Militärhubschrauber, aber wir hatten Glück, nicht angegriffen zu werden. Nach Einbruch der Dunkelheit erreichten wir Mehri, welches inmitten der Berge auf einem Plateau liegt. Die Nacht verbrachten wir unter Schaffeldecken am Lagerfeuer. Als die Sonne aufging, konnten wir das Ziel unseres Marsches genau betrachten. Mehri ist ein altes Dorf gewesen, wo Kurden, u.z. assyrische Christen, gelebt hatten, bis das türkische Militär vor 2 Jahren ihre Häuser barbarisch zerstört hat, die Bäume angezündet hat und die Bevölkerung vertrieben hat. Unsere 14 Familien waren erstmals wieder in ihrer Heimat und es fehlen die Worte, mit denen ich zutreffend beschreiben könnte, wie es ist, wenn Vater und Sohn nun auf den Steinen ihres zertrümmerten Hauses sitzen. Nur Barbaren können einen solchen Ort, der zudem noch ein heiliger Ort ist, derartig zerstören. Mehri hat eine sehr alte Geschichte. Hier soll Christus geboren sein, sagt mir ein alter Mann und zeigt auf eine Kapelle hoch oben an der Felswand. Noch immer fließt das Wasser aus dem Brunnenrohr. Wasser, was es hier zur Genüge gibt, aber viele Bäume ragen - wie gesagt - nur noch nackt und weiß zum Himmel, weil das türkische Militär es zu stehendem Brennholz gemacht hat.

Ab jetzt habe ich auch die Dimension begriffen, die der Krieg gegen das kurdische Volk angenommen hat. Dies ist nicht der einzige Ort, der auf solche Weise zerstört worden ist. Immer wieder fallen mir später auf der Rückfahrt Häuser auf, die nur noch Ruinen sind. Es gibt tausende solcher zerstörten Ortschaften! Und immer wieder fallen mir auch diese mehrstöckigen festen Häuser auf, die sich das türkische Militär in Kurdistan errichtet hat und vor denen die europäischen Luxuslimosinen stehen - zugedeckt mit einer Plane, damit sie vor dem Staub geschützt werden. Am frühen Morgen nehmen wir Abschied und die Familien bleiben zurück mit ihrer wenigen Habe und zwei Schafen, die unseren Marsch begleitet haben. Daß wir uns nicht vergessen, brauchen wir nicht mehr zu betonen!

Auf dem Rücktritt hören wir die Schüsse der Korucus, und wieder haben wir wohl Glück, daß die Entfernung zu unserer Karawane zu groß ist. In Uzungecit werden wir von der Bevölkerung empfangen.



In bunten Kleidern sind Frauen und Kinder, Alte und Junge gekommen und tanzen und singen die Befreiungslieder und zeigen, daß sie auf der Seite der Guerilla stehen. Aus tiefem Herzen rufen die Kinder, es lebe Apo, es lebe Kurdistan! Als wir später auf unserer Rückfahrt in Sirnak halten, wurden wir sofort der Propaganda bezichtigt und schnellstens von Sicherheitskräften umstellt. Ja, es ist Propaganda, wenn wir uns die von Kanonen durchsiebten Häuser an der Hauptstrasse von Sirnak ansehen. Wir hatten trotzdem Glück, nicht weiter auf unserer Rückfahrt behindert zu werden.

Nach diesem Marsch bekommt auch das Fernsehprogramm eine andere Dimension. Unerträglich wird dort Propaganda gegen den Befreiungskampf ausgeübt und gleichzeitig werden türkische Soldaten verherrlicht, wie sie ihre Waffen bedienen. Ja, auf diese Staatspropaganda kann nur jemand hereinfallen, der sich nie selbst von der Realität überzeugt hat. Mir fällt auch ein, daß die deutschen Gerichte den kurdischen Flüchtlingen nicht glauben, wenn sie sagen, das türkische Militär habe ihre Schafe erschossen, weil sie den Hirten unterstellten, die Guerilla mit Essen unterstützt zu haben.

Wie oft lese ich in den Urteilen, solche Angaben seien nicht glaubhaft. Wie oft lese ich, es bestehe kein Asylgrund, wenn lediglich ein Freund oder Verwandter vom türkischen Militär erschossen worden ist, weil er bei der Guerilla gewesen ist oder mit ihr sympathisiere.

Es ist Realität und hat mit Glauben nicht zu tun. Es ist aber auch Realität, daß die Bundesrepublik Deutschland zum Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk die Auffassung vertritt, es handle sich um eine "fragwürdige Behandlung gegenüber der kurdischen Bevölkrungsminderheit" (so: Süddeutsche Zeitung vom 26.6.1992, Seite 4 "Europas Glückfall Türkei").

Wer vor Ort geht, kann sehen, daß von "Behandlung" nicht die Rede sein kann. Vor Ort müsste jedem die Einsicht erwachsen, alles zu tun, damit dieser blutige Krieg ein Ende findet.

Immer wieder hat der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, gesagt, daß er zu Verhandlungen bereit ist. Doch noch ist es Realität, daß das blutige Ausrottungsinteresse des türkischen Staates von der Bundesrepublik Deutschland praktisch unterstützt wird.

Doch eines ist ganz deutlich geworden auf diesem Marsch:

Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes kann nicht mehr zerschlagen werden. Das kurdische Volk steht hinter der PKK und läßt sich nicht länger einer Assimilationspolitik des türkischen Staates unterwerfen.

Das kurdische Volk hat längst seine eigene identität zurückgewonnen.

* * *

Die Kurdenpolitik der SPD

Eine kritische Betrachtung der Rede von Hans-Ulrich Klose im Deutschen Bundestag

Von Munzur Diar

Einleitung

Der folgende Beitrag behandelt ein Thema, zu dem die Redaktion eine Auseinandersetzung für äußerst wichtig hält: die Haltung der SPD zur Forderung der Kurden nach Selbstbestimmung ist äußerst zwiespältig. Auf klassisch sozialdemokratische Weise bestimmt sie ihre Beziehungen zu den Kurden frei nach dem Motto: Die Guten ins Töpfchen, die schlechten werden zu Terroristen erklärt. Die Haltung, die den Interessen der SPD nutzt wird unterstützt, die andere zum Abschuß freigegeben. In dem Beitrag "Die Kurdenpolitik der SPD" wird das sehr gut dargestellt und wir bedanken uns bei unserem Leser, der den Artikel zur Verfügung stellte. Besonders die Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose haben dazu beigetragen, daß es wichtig ist, die wahren Interessen der SPD beim Namen zu nennen. Dabei wollen wir aber auch deutlich machen, daß es Unterschiede in der Haltung der Parteispitze und der Parteibasis gibt und wir wissen, daß es in so manchen SPD-Ortsverbänden aktive Unterstützung der Forderung nach Selbstbestimmung für das kurdische Volk gibt. Eine Forderung, die von keiner kurdischen Kraft so deutlich, so konsequent und so verantwortungsbewußt auf die Tagesordnung gesetzt wird, wie von der PKK. Die Äußerungen von Herrn Klose über die PKK sind äußerst unqualifiziert. Wir gehen nicht davon aus, daß Herr Klose und die SPD nur schlecht über die Lage in Kurdistan informiert sind. Wir denken auch, daß der bundesdeutschen SPD die Rolle ihrer Schwesterpartei in der Türkei, der SHP, die ja in der Regierungskoalition für die Situation mit verantwortlich ist, bekannt ist: die SHP trägt Mitverantwortung an den Massakern in Kurdistan, an den Aktionen der Todesschwadronen, an der Folter in den Gefängnissen! Die Politik der SPD hat Tradition und ein klares politisches Ziel: der Kampf um Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung soll diffamiert werden; der PKK und allen, die für eine wirkliche Lösung im Interesse des kurdischen Volkes kämpfen, soll der Boden entzogen werden; diejenigen, die weiterhin dafür eintreten, sollen als Terroristen dargestellt werden. Diese sozialdemokratische Haltung zieht sich durch ihr Engagement quer über den Erdball: diejenigen Kräfte, die sich nicht davon abhalten lassen, für radikale Veränderungen einzutreten, sind größere Feinde für die SPD als die kapitalistischen und imperialistischen Ausbeuter. Die Lösungen, die sie anbieten, sind Scheinlösungen und dienen in erster Linie dazu, ihren Einfluß zu vergrößern. Wie in Südkurdistan z.B., wo die SPD von Nordrhein-Westfalen mit massiver politischer, materieller und propagandistischer Hilfe eine korrupte egoistische Feudalherrenclique hofiert. Wer aber schützt die Menschen dort, wenn die irakischen Truppen gegen sie marschieren oder wenn türkische Kampfflugzeuge die Dörfer bombadieren? Wer schützt sie, wenn nicht die Menschen sich selber?! Die SPD will gemäßigte kurdische Parteien, die sich letztendlich nach ihren Geldgebern richten. Die Wut der Menschen und ihr Willen zu revolutionärer Veränderung soll durch ein paar Brotkrumen befriedet und kanalisiert werden. Dieses Ziel der SPD wird auch deutlich in einem Antrag, den der Fraktionsvorsitzende Herr Klose kürzlich im Bundestag einbrachte und in dem u.a. kurdische Vereine und Solidaritätsgruppen aufgefordert werden, von der Unterstützung extremistischer Gruppen abzulassen. Die internationalistische Solidarität braucht allerdings keinen Schulmeister! Wobei wir oft den Eindruck haben, daß die bundesdeutsche Linke sich ihrer internationalistischen Verantwortung noch viel zu wenig bewußt ist. Doch das ist ein anderes Thema. Die SPD wird noch nicht am Ende ihres Lateins sein. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie eine kurdische Schwesterpartei für Nordwest-Kurdistan aus dem Zylinder zaubert. Erste Anregungen in dieser Richtung haben sozialdemokratische Politiker, wie z.B. Herr Schnoor, ja bereits gegeben. Und Erfahrung mit dieser Art von Einmischung haben sie auch: 1973 wurde in den Räumen der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel eine sogenannte Sozialistische Partei Portugals gegründet, nachdem sich das portugiesische Volk gerade in der erfolgreichen Nelkenrevolution Rechte und Freiheiten erobert hatte. Bei den nächsten Wahlen konnte diese Partei dank massiver Unterstützung durch die bundesdeutsche SPD den Sieg erringen und ist noch heute Regierungspartei. Die Errungenschaften der Nelkenrevolution, die besonders den Bauern und armen Leute gedient hatten, wurden Schritt für Schritt wieder zurückgenommen ... Aber: Kurdistan ist nicht Portugal und nur diejenigen, die nicht aus der Geschichte lernen, müssen sie erneut erleben. Die Zukunft in Kurdistan wird zeigen, wer gelernt hat aus der Geschichte. Und das kurdische Volk hat sich bereits entschieden, wenn es sagt: Die PKK ist das Volk und das Volk ist die PKK. Das sollten die Politiker der westlichen angeblich so fortschrittlichen Länder zur Kenntnis nehmen und beachten!

In der Basis der SPD sehen viele die Lösung der Kurdenfrage darin, daß die Kurden ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben. Einige verbinden diese Forderung mit der Anerkennug einer Autonomie für die Kurden. Die meisten SPD-Politiker aus Bund und aus den Ländern äußern sich bei den persönlichen Gesprächen positiv zu der Anerkennung der Rechte der Kurden, wie man ganz allgemein formuliert. Was man sich unter diesen Rechten vorstellt, reicht von der Autonomie über Föderation bis hin zur Gründung des eigenen Kurdenstaates. Daher ist es wichtig, einen kurzen Blick in die offizielle Kurdenpolitik der SPD zu werfen, soweit eine solche existiert. Die derzeitige Haltung der SPD in der Kurdenfrage wurde in der Bundestagsdebatte vom 2.4.1992 von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, H.U. Klose, vorgetragen. In dieser Rede betont Klose die gewachsene Bedeutung der Türkei für die Region nach dem Zerfall der Sowjetunion, da nach seiner Meinung eine demokratische Türkei das Vorbild der zentralasiatischen Republiken werden würde. Weiter sagte Klose in dieser Rede, daß in der Bundesrepublik ca. zwei Millionen Menschen mit einem türkischen Paß leben, darunter ca. 300.000 Kurden, viele als Asylbewerber. Dies gäbe den deutschen Politikern das Recht, in der Türkei die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern. Der Einsatz von Klose für Menschenrechte ist zu begrüßen, aber bereits in diesen Ausführungen wird deutlich, daß Klose die Forderungen der Kurden in der Türkei nach der Selbstbestimmung ignoriert und nur von der Einhaltung der Menschenrechte redet. H.U. Klose kritisiert das brutale Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte und fordert zu Recht auf, bei der NATO der Türkei klar zu machen, daß deren brutale Aktionen während des kurdischen Neujahrsfestes, Newroz, im März diesen Jahres und die Bombardierungen der kurdischen Siedlungen im Norden Iraks mit den Grundsätzen des Bündnisses unvereinbar sind. Das ist alles, was Klose über das Massaker an den Kurden, bei dem mehr als 100 Menschen durch türkische Sicherheitskräfte getötet wurden, zu sagen hat. Um so verwunderlicher ist es, daß Klose auf die PKK drischt, während er die türkische Regierung in Schutz nimmt. Da die Rede von Herrn Klose auch die Politik der SPD in der Kurdenfrage widerspiegelt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Rede erforderlich.

Der Vorwurf Terrorismus

Die Art und Weise, wie Klose die PKK in seiner Rede angriff und sie in einem Atemzug als Terrororganisation bezeichnete, sowie sie in die Nähe der Heroinmafia rückte, da angeblich die PKK ihre Waffenkäufe mit dem Drogenhandel finanziere, zeugt davon, daß Klose und Teile der SPD über den kurdischen Befreiungskampf zumindest falsch informiert sind, wenn sie die PKK und die kurdische Freiheitsbewegung nicht absichtlich diffamieren wollten. Denn jeder, der einmal in Nordwest-Kurdistan (türkisch besetzter Teil Kurdistans) gewesen ist, erkennt sofort, daß die PKK von großen Teilen der Kurden unterstützt wird. Wenn Klose und die SPD sich nicht nur einseitig durch die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) hätten informieren lassen, sondern auch mit den im Parlament in Ankara vertretenen kurdischen Abgeordneten geredet hätten, von denen auch Herrn Klose bekannt sein dürfte, daß sie weder Waffen kaufen noch Heroin verkaufen, hätten diese das kurdische Volk zutiefst verletzende und letztendlich der Ausländerfeindlichkeit dienende sowie indirekt der türkischen Regierung den Rücken stärkende Äußerungen vermieden werden können. Seit langem ist innerhalb der SPD eine Tendenz erkennbar, die darauf abzielt, die PKK als eine terroristische Organisation abzutun, ohne die tatsächliche Situation in Kurdistan zu kennen. Eine umfassende Analyse der Situation in Nordwest-Kurdistan kann hier nicht gegeben werden, aber einige Klarstellungen sind notwendig. In Nordwest-Kurdistan ist ein Krieg im Gange, und in diesem Krieg vertritt die PKK die Interessen des kurdischen Volkes gegen den türkischen Staat, der die Freiheitsbestrebung der Kurden immer brutal unterdrückt hat. Die letzten Massaker sind nur Teile dieser Strategie, die im nationalen Sicherheitsrat, dem fünf Generäle und vier Zivilisten angehören, vorbereitet wird, der Regierung angeblich als eine Empfehlung, tatsächlich aber als Befehl, vorgelegt wird. Diese Strategie hat das Ziel, die Kurden mit allen Mitteln, auch militärisch, zu vernichten, wie die Generäle dies auch manchmal offen aussprechen. Die zivilen Regierungen haben in dieser Strategie die Aufgabe, durch verbale Bekennung zur Demokratie eine internationale Isolierung der Türkei zu verhindern. Genau in diesem Punkt ist die Haltung der SPD sehr gefährlich. Denn mit ihrer Haltung, in der die SPD eine Seite dieses Krieges als terroristisch bezeichnet, stärkt sie indirekt und wahrscheinlich auch ungewollt der Türkei den Rücken, da sie damit die Möglichkeit bekommt, ihr brutales Vorgehen gegen die Kurden als demokratisch legitim darzustellen. Die verheerende Konsequenz daraus ist, daß die Türkei friedliche Lösungen mit der Begründung, mit den Terroristen nicht zu verhandeln, ablehnt, und statt dessen die Bombardierung der kurdischen Dörfer in Nordwest-Kurdistan (türkisch besetzter Teil Kurdistans) ungemindert fortsetzt. Das Festhalten an dieser Haltung bedeutet die Fortsetzung des schleichenden Völkermordes an den Kurden, mehr Blutvergießen und mehr Leid in Kurdistan. Auf der anderen Seite nutzt die neue türkische Regierung aus Sozialdemokraten (SHP) und Konservativen (DYP) die Äußerung der europäischen Politiker, hier vor allem die der SPD, in denen die PKK als terroristisch bezeichnet wird, dazu aus, um die Menschenrechtsorganisationen, demokratische Journalisten und einige Politiker in der Türkei mundtod zu machen, indem ihnen gedroht wird, sie auch in die terroristische Ecke zu schieben, falls sie die Sicherheitskräfte kritisieren würden. Damit hilft die Haltung der SPD keinesfalls, wie Klose behauptet, zur weiteren Demokratisierung der Türkei sondern zur Unterdrückung der demokratischen Kräfte. Wir haben es hier mit einer einmaligen Situation zu tun, in der selbst die SPD nicht den Menschenrechtsorganisationen glaubt, die vor Ort die Massaker an den Kurden und die Haltung der türkischen Regierung beobachtet haben, sondern einer Regierung glaubt, die für diese Massaker politisch verantwortlich ist. Damit dient die Haltung der SPD und die Rede von Klose trotz der Kritik an dem Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte nicht dazu, eine friedliche Lösung zu erleichtern. Ganz im Gegenteil fühlt sich die türkische Regierung geradezu ermuntert, noch brutaler gegen das kurdische Volk vorzugehen. Seit der Rede von Klose rühmt sich die türkische Regierung, die internationale Isolierung durchbrochen und der Türkei höheres Ansehen geschaf-

fen zu haben. Mit diesem hohen Ansehen beflügelt, führt die Türkei den brutalen Krieg gegen die Kurden weiter. Es ist eine Niederlage der internationalen Gemeinschaft, die nicht in der Lage ist, diesen Völkermord an Kurden zu stoppen. Anscheinend wird auch die SPD erst dann aufmerksam werden, wenn auch in der Türkei ganze kurdische Städte durch deutsches Giftgas ausgerottet werden. Die PKK fordert politische Verhandlungen, die den Weg für eine friedliche Lösung frei machen und ein Referendum unter den Kurden vorbereiten sollen. Das ist eine klare Forderung, die das weitere Blutvergießen verhindern würde. Die türkische Regierung setzt auf die militärische Lösung und will die Kurden mit Waffengewalt einschüchtern. Die PKK ist die einzige politische Kraft in Nordwest-Kurdistan, die von breiten Schichten des kurdischen Volkes unterstützt wird. Das kurdische Volk sieht im bewaffneten Kampf unter der Führung der PKK den einzigen Weg zur Befreiung, da alle anderen Versuche in der Vergangenheit, nicht zuletzt an der Haltung der Kemalisten (heute in der SHP), kläglich gescheitert sind. Ein Kampf, der sich auf die legitimen Rechte des kurdischen Volkes stützt und von der Mehrheit dieses Volkes getragen wird, darf nicht als Terrorismus bezeichnet werden. Der eigentliche Terrorist ist der türkische Staat, der mit seinen Sicherheitskräften ohne Rücksicht auf internationale Vereinbarungen das kurdische Volk unterdrückt. Die türkische Regierung täuscht die internationale Öffentlichkeit und die SPD, in dem sie behauptet, die Kurden seien Bürger erster Klasse in der Türkei. Aber die Kurden, Bürger erster Klasse also, dürfen keine Ausbildung, keine Fernsehsendung in ihrer Muttersprache bekommen, haben keine verfassungsmäßig garantierten Rechte, dürfen ihre Identität offiziell nicht kundtun und haben kein Selbstbestimmungsrecht. Die kurdischen Kinder in den Schulen müssen immer noch jeden Morgen laut vorsprechen, daß sie Türken sind, und daß sie auf ihr Türkentum stolz sind. Kann man unter diesen Umständen von Bürger erster Klasse überhaupt noch sprechen? Wenn die Sozialdemokraten meinen ja, dann könnte man der SPD und Herrn Klose, die diesen Aussagen der türkischen Regierung glauben, folgenden Vorschlag machen: Die SPD sollte in den von ihr regierten Bundesländern beschließen, daß alle türkischen Kinder in den deutschen Schulen jeden Morgen laut vortragen müssen, daß sie Deutsche sind und daß sie auf ihr Deutschtum stolz sind, ja sogar sie die echten Bergdeutschen aus Bayern sind! Wie wäre es? Man könnte dies eine Zeit lang probieren und dabei ruhig abwarten, wie einige angebliche türkische Sozialdemokraten in der BRD und in der Türkei darauf reagieren! Vielleicht lassen sie sich damit besser integrieren! Natürlich ist eine solche rassistische Haltung für alle Demokraten, für die SPD und auch für Herrn Klose unvorstellbar, aber das ist , was in der Türkei auch unter den Sozialdemokraten gegenüber den Kurden praktiziert wird. Übrigens: die Urheber dieser rassistischen Haltung sind nicht etwa die Konservativen, sondern Kemalisten, deren Tradition die heutige SHP fortsetzt. Die türkische Armee bombardiert die kurdischen Gebiete weiterhin und hat damit längst unter den Kurden jeglichen Legitimitätsanspruch verloren. Daher ist der bewaffnete Kampf der Kurden gegen diese Armee legitim und kein Terrorismus. Diese Tatsachen müssen von der SPD und von Herrn Klose in Betracht gezogen werden, bevor irgendwelche nicht angebrachten Anschuldigungen gemacht werden.

Die türkische Regierung und die mutige SHP!

Für die türkische Regierung, die seit den Wahlen im Oktober 1992 gebildete Koalitionsregierung von Demirel und Inönü mit Sozialdemokraten und Konservativen, eine Art große Koaliton, fand Klose nur Lob und freundliche Töne. Denn nach seiner Meinung hat diese Regierung mit ihrem demokratischen Reformprogramm praktische Schritte begonnen, nicht nur die kulturelle Selbstbestimmung der Kurden, sondern auch die grundsätzliche Achtung der Menschenrechte zu verwirklichen. Besonders die SHP und ihr Vorsitzender und Stellvertretender Ministerpräsident Inönü haben mit ihrer praktizierten Verpflichtung gegenüber dem Recht der Kurden Mut bewiesen und eine große Verantwortung übernommen. Abgesehen davon, daß es unklar ist, was Klose unter dem Begriff kulturelle Autonomie versteht, so existiert keine Partei in der Türkei mit den Buchstaben SHP, die für die kulturelle Autonomie der Kurden eintritt. Es ist aber bekannt, daß einige SPD Landesorganisationen Beschlüsse über kulturelle Autonomie für die Kurden gefaßt haben. Wahrscheinlich bringt Herr Klose die Forderungen der eigenen Partei mit der der SHP durcheinander. Die SHP in der Türkei und deren Vorsitzender und Stellvertretender Ministerpräsident Inönü haben nie von irgendeiner Autonomie gesprochen. Die Wahrheit ist vielmehr so, Herr Klose, daß die SHP immer für den unitären und zentralistischen Staat eingetreten ist. Wenn aber einige hochrangige SHP-Politiker bei ihren regen Besuchen in Bonn der SPD hinter verschlossenen Türen erklärt haben sollten, daß sie für Autonomie seien, so haben sie dies weder dem kurdischen noch dem türkischen Volk offenbart. Eine solche Doppelzüngigkeit würde aber nicht wundern, die SHP in der Tradition des Kemalismus (nach dem Gründer der türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk) steht und aus dieser Tradition hinreichend bekannt ist, daß sie sich gegenüber der Weltöffentlichkeit für eine Autonomie ausgesprochen haben, wenn sie den außen politischen Druck bzw. die Isolation gespürt haben. Gleichzeitig haben die Kemalisten die Kurden massiv unterdrückt. Die brutalsten Massaker der türkischen Streitkräfte an Kurden seit der Gründung der türkischen Republik haben in den Regierungszeiten der Kemalisten, in deren Tradition sich die heutigen türkischen Sozialdemokraten (auch SHP) gerne zeigen, stattgefunden. Tatsächlich haben die beiden Parteien DYP (Partei des richtigen Weges) und SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) - hier vor allem die SHP - vor den Wahlen den Kurden versprochen:

den in Nordwestkurdistan seit 1980 andauernden Ausnahmezustand aufzuheben;
- das nur in kurdischen Gebieten eingerichtete Dorschützertum (paramilitärische Miliz) abzuschaffen;
- den allmächtigen Spezialgouverneur abzuschaffen;
- die Ermordung zahlreicher kurdischer Politiker - darunter viele Mitglieder aus den Führungsgremien der HEP (Partei des arbeitenden Volkes) - zu stoppen, frühere Morde aufzuklären;
- die Verantwortlichen zu betrafen;
- die kurdische Realität anzuerkennen.

Zunächst haben die Kurden eine kleine Hoffnung gehabt, daß vor allem die vor den Wahlen zustandegekommene Zusammenarbeit zwischen SHP und HEP sowie die 22 Abgeordneten der HEP, die im türkischen Parlament in der SHP-Frak-

tion waren, den Weg für eine politische Lösung ebnen könnten. Bald mußten die Kurden alle diese Hoffnungen wegen der folgenden Entwicklungen aufgeben:
- Anstatt der tatsächlichen Anerkennung der kurdischen Realität wurden die kurdischen Abgeordneten, die aus der HEP kamen, aber damals noch in der SHP-Fraktion waren, während der Vereidigung im Parlament vom Rednerpult heruntergeprügelt, weil sie versuchten, in kurdischer Sprache mitzuteilen, daß sie im Parlament für die Verständigung zwischen den Kurden und den Türken eintreten werden. An der Gewaltanwendung gegen diese Abgeordnete wegen der kurdischen Sprache haben sich auch Abgeordnete aus den Koalitionsparteien beteiligt. Anstatt sich gegen diesen höchst undemokratischen Akt zu stellen, erklärte der SHP-Vorsitzende Inönü diese Abgeordnete eigenmächtig ohne jeden Parteibeschluß für aus der Partei ausgeschlossen.
- Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SHP, der Kurde Mahmut Alinak, wurde in gleicher Weise am Rednerpult im Parlament geprügelt, weil er die Gewaltanwendung durch die Militärs gegen die Kurden verurteilte. Als ob das noch nicht ausreichte, wurde in der SHP-Fraktion dem Abgeordneten Alinak inoffiziell ein Redeverbot erteilt, er dürfte im Parlament nicht mehr im Namen der SHP auftreten und durfte an den wichtigen Entscheidungen nicht mehr teilnehmen, wohl auf Anordnung des Vorsitzenden der SHP und stellvertretenden Ministerpräsidenten Inönü. Resigniert und voller Bitterkeit mußte auch Alinak aus der SHP vor kurzem austreten.
- Das Dorfschützertum wurde eher ausgeweitet, und noch immer werden Menschen bedroht und gefoltert, wenn sie es ablehnen, Dorfschützer zu werden.
- Der Spezialgouverneur ist nicht abgeschafft, sondern mit mehr Kompetenzen ausgestattet. Er darf sogar allein auch einen Angriff in die kurdischen Gebiete im Irak befehlen, ohne in Ankara nachzufragen.
- Die Angriffe der türkischen Militärs gegen die Zivilbevölkerung und die Ermordung der kurdischen Politiker durch paramilitärische Einheiten (Konter-Guerilla) nehmen zu. In Lice, in der Nähe von Diyarbakir, wurde von den Militärs den demonstrierenden Bewohnern dieser Stadt unter den auf sie gerichteten Maschinengewehren befohlen, sich auf den Schnee zu legen und gedroht: Wer sich erhebt, wird erschossen. Als die Menschen es nach Stunden wegen der Erfrierungen nicht mehr aushielten und sich aus dem Schnee erhoben, wurde das Feuer auf sie eröffnet, und mehr als zehn Zivilisten kamen ums Leben. Auf dieses Massaker hin gefragt, verleugnete der türkische Ministerpräsident Demirel diese unmenschliche Tat mit dem Satz: "Meine Soldaten tun so was nicht."
- Als dann im Februar diesen Jahres der Ausnahmezustand noch einmal auch mit der Zustimmung der sozialdemokratischen-Minister verlängert wurde, war es klar, daß all diese Versprechungen nicht ehrlich gemeint waren. Ab Januar diesen Jahres erfolgte eine Truppenkonzentration der türkischen Armee in Cizre-Botan und Sirnak in bisher nicht gesehenem Ausmaß. (Anmerkung d. Red.: im Juli 1992 wurde der Ausnahmezustand erneut für 4 Monate verlängert).

Das Massaker während Newroz im März 1992 und die SHP

In keiner Weise haben weder die SHP noch deren Koalitionspartner sich von dieser Entwicklung und von den Greueltaten der Sicherheitskräfte distanziert. Die Truppenkonzentration in diesen Gebieten war von vornherein geplant, um anläßlich des Neujahrsfestes ein Exempel zu statuieren und den Kurden zu zeigen, daß die türkische Armee in der Lage ist, die Freiheitsbestrebung der Kurden - wie in der Geschichte mehrmals geschehen - blutig niederzuschlagen. Die türkische Regierung und das Militär haben mit dieser Politik versucht, die Kurden zu einem bewaffneten Aufstand zu provozieren, bei dem sie brutal zuschlagen und den Sieg erringen würden. Als die kurdische Bevölkerung das Neujahrsfest mit friedlichen Demonstrationen begehen wollte, eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer und mehr als 100 Menschen wurden ermordet, mehrere hundert verletzt. Diese Tatsachen sind auch durch die deutschen Journalisten und durch Menschenrechtsorganisationen in der Türkei eindeutig belegt worden. Eine Abgeordnetengruppe der SHP - unter denen auch einige deutsche Sozialdemokraten und der bekannte Ercan Karakas, der viele Jahre in der BRD lebte, waren - besuchte nach diesem Massaker die Städte Cizre-Botan sowie Sirnak und stellte in ihrem Bericht fest: "Es hat keine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der PKK und den Sicherheitskräften stattgefunden. Als es zu Demonstrationen kam, zogen sich die Sicherheitskräfte drei bis vier Meter zurück und eröffneten das Feuer auf die Menge. Daß es sich bei den Toten ausschließlich um Zivilisten handelt, bestätigt unsere Feststellung", so die Abgeordneten der SHP. Wie hat der SHP-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Inönü, den Klose für seinen Mut und für seine praktizierte Verpflichtung gegenüber dem Recht der Kurden so hoch lobt, auf diese Berichte reagiert? Von den türkischen Journalisten gefragt antwortete Inönü: "Diese Abgeordneten haben nicht begriffen, daß wir nicht mehr in der Opposition, sondern an der Regierung sind und solche Berichte unseren Gegnern dienen. Unsere Sicherheitskräfte haben nicht auf das Volk geschossen." Die SHP-Fraktion fand nicht einmal den Mut, diesen Bericht ins Parlament zu bringen und dort zu debattieren.

Haben sich die türkischen Militärs verselbstständigt?

Angesichts dieser Tatsachen fand Klose folgende Worte: "Die bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen in der Südosttürkei haben aber deutlich gemacht, daß diese Regierungspolitik Gefahr läuft, zwischen dem blutigen Vorgehen des sich verselbstständigenden Militärs und dem Terror der PKK aufgerieben zu werden." Die arme türkische Regierung! Sie tut einem richtig leid! Aus den Worten von Klose könnte man meinen: Diese arme(!), unschuldige(!) türkische Regierung muß gegen die bösen(!) Kurden geschützt werden. Erst jetzt wird einem richtig klar, wieso die türkischen Politiker und die türkischen Zeitungen H.U. Klose wegen seiner Rede lobten, während sie H.D. Genscher mit einem Hakenkreuz bemalten. Denn in der Rede von Klose waren die politisch Verantwortlichen der Massaker mit Lob davongekommen. Daß er die türkischen Militärs kritisiert hatte, könnte man nach Meinung zahlreicher türkischer Politiker getrost übersehen. In diesem Zusammenhang muß folgendes festgehalten werden: Erstens: weder Inönü noch Demirel haben auch nicht im geringsten angedeutet, daß die türkischen Militärs sich verselbstständigt hätten und daß sie sich von den Taten des Militärs distanziert hätten. Vielmehr ist die Regierung nach den Massakern in

Cizre und in Sirnak für ihre harte Haltung in den türkischen Zeitungen gelobt worden, weil diese Regierung diese Massaker als Sieg über die kurdische Freiheitsbewegung dargestellt hat. Zweitens: gesetzt der Fall, daß die Militärs sich wirklich verselbstständigt und die demokratischen(!) Befehle der türkischen Sozialdemokraten ignoriert hätten, wo bleibt dann die politische und moralische Verantwortung von Herrn Klose? Der arme(!) Stoltenberg mußte seinen Hut nehmen für die geheimen Waffenschiebereien seines Ministeriums, von denen er angeblich nichts wußte. Dafür, daß diese Konsequenz gezogen wurde, hat in erster Linie zu Recht die SPD gesorgt. Meint die SPD etwa nicht, daß diese politische und moralische Verantwortung der türkischen Regierung in diesem Fall besonders groß ist, weil eben Hunderte von Menschen ermordet bzw. verletzt worden sind, weil eben diese Regierung sich von diesen Greultaten nicht distanziert, sondern sie als Siege gefeiert hat und weil das Morden an den Kurden auch nach Newroz ungemindert weitergeht. Inzwischen sind mehrere Monate über das Massaker in Newroz vergangen. Welche Angehörigen des türkischen Militärs, die sich angeblich damals verselbstständigt haben, wurden zur Rechenschaft gezogen? Keiner. Denn die gleichen Generäle morden im Auftrag der türkischen Regierung in Kurdistan weiter. Die Ermordung der kurdischen Intellektuellen, Journalisten und Politiker hat sogar zugenommen.

Vorbild oder Expansionspolitik und Träume von der Großtürkei in den Grenzen des Osmanischen Reiches?

Das Argument, die Türkei als Vorbild für die zentralasiatischen Republiken zu bezeichnen, riecht nach einem solchen politischen Kalkül. Der Irak und Saddam Hussein wurden auch aufgerüstet mit ähnlichen Argumenten, aber der Golfkrieg und die Verfolgung der Kurden zeigen, daß diese Politik eine folgenschwere Politik ist. Die Türkei zeigt eine Machtpolitik, in der die nationalistischen Tendenzen immer stärker hervortreten. Die türkischen Politiker und der Ministerpräsident Demirel sprechen offen von einer türkischen Einflußsphäre von der Adriaküste bis zur chinesischen Mauer. Der türkische Ministerpräsident Demirel, der auch von Klose für sein Demokratiepaket gelobt wird, wobei selbst einige Regierungsanhänger inzwischen meinen, daß daraus nichts wird, hat vor kurzem eine Reise in die zentralasiatischen Republiken unternommen. Auf dieser Reise wurde er, neben einigen Sozialdemokratischen Ministern, auch vom Vorsitzenden der rechts-radikalen, türkisch-nationalistischen Partei MCP (besser bekannt als Graue Wölfe), Alpaslan Türkes, begleitet, obwohl dieser kein Ministeramt bekleidet und seine Partei nicht einmal im Parlament die Fraktionsstärke erreicht hat. Diese Partei macht keinen Hehl daraus, daß sie für eine Großtürkei ungefähr in den Grenzen des osmanischen Reiches eintritt. Können Sie sich vorstellen, Herr Klose, Sie würden an einer Reise teilnehmen, die Helmut Kohl nach Polen unternehmen und dabei als Begleiter den Franz Schönhuber von den Republikanern, oder besser den Gerhard Frei von der DVU mitnehmen würde, und diese Herren würden dann die deutsche Minderheit dort mit Hitlergruß begrüssen!? Natürlich ist das nur ein Vergleich, um den Lesern die Situation verständlicher zu machen, aber so ähnlich ist es bei der Reise von Demirel passiert. Der rechtsradikale Alpaslan Türkes ist mit dem Wolfsgruß aufgetreten. Bezeichnend ist, daß Demirel auf die Frage, wieso er denn Türkes mitgenommen hätte, antwortete: “Er (Türkes) sagt den Menschen die Dinge, die wir auf Grund der Diplomatie nicht sagen können.” Ist das nicht eine klare Antwort, Herr Klose? Es ist unvorstellbar, wie Sie diese expansionistische Politik als gutes Beispiel für die zentralasiatischen Republiken darstellen können. Es ist vielmehr so, daß die SPD, wie viele andere Parteien auch, diese Politik der Türkei nicht richtig durchschaut haben.

Was ist von der SPD zu fordern

Wie an diesen wenigen Beispielen zu sehen ist, Herr Klose, sind die türkische Regierung und die türkischen Sozialdemokraten nicht ehrlich in ihrer Politik gegenüber den Kurden. Wie soll man sonst die Haltung vom Vorsitzenden der SHP verstehen, der in Wien der Presse mitteilte, die kurdische Sprache sei frei, aber selber im Parlament keinen Satz kurdisch duldet und sofort den Seperatismus riecht bzw. die Unitarität des türkischen Staates in Gefahr sieht. Der beste Zeuge dafür, daß diese Regierung die Kurdenproblematik besser beherrscht und die Türkei besser schützt, ist der Putschist und frühere Armeegeneral und Staatspräsident, Kenan Evren. Der sah die Zusammenarbeit zwischen türkischen Militärs und der Regierung hervorragend. Die Theorie, daß die Militärs sich verselbstständigen, und das Massaker an den Kurden eigenmächtig begangen hätten, ist fern von jeglicher Realität und ist bewußt in Umlauf gesetzt worden, um von den politisch Verantwortlichen abzulenken, sowie den diplomatischen Spielraum für diese Regierung zu erweitern. Es ist eine Schande, daß die deutschen Sozialdemokraten auf diese Ente gesetzt haben und dabei keine gute Figur abgegeben haben. Die Feststellungen von Herrn Klose entbehren jeder Grundlage und sind auf Informationen gestützt, die keinesfalls zutreffen. Die SPD und ihre führenden Politiker wären gut beraten, wenn sie sich in dieser Frage von beiden Seiten informieren liessen, und erst dann ihre Haltung festlegen würden. Die SPD hat auch Mitglieder kurdischer Herkunft, die die Lage kennen müßten und sich eigentlich auch verpflichtet fühlen müßten hier tätig zu werden, um ihre eigene Partei vor solchen katastrophalen Fehleinschätzungen zu warnen. Die SPD darf sich nicht der Forderung der Kurden nach Selbstbestimmung verschließen oder diese, bis zur Unkenntlichkeit in Begriffe wie kulturelle Autonomie umstellen. Die Rechte eines Volkes von 25 bis 30 Mio. Menschen dürfen nicht dem politischen Machtkalkül geopfert werden. Es ist zu hoffen, daß die SPD ihre Kurdenpolitik überdenkt und den Mut findet, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu fordern, sowie die legitimierte Forderung der Kurden nach einem international kontrollierten Referendum zu unterstützen. Denn nur über diesen Weg ist es möglich, zu einer politischen Lösung zu kommen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Die SPD muß Druck auf die SHP ausüben, damit diese Partei Abschied von der militärischen Lösung nimmt, den nationalen Sicherheitsrat auflöst und die türkische Politik demilitarisiert wird. Die SPD muß den Vorwurf des Terrorismus an die Adresse der PKK zurücknehmen und auf die SHP Druck ausüben, daß diese Partei zu Verhandlungen mit den kurdischen Vertretern bereit ist, die auf eine friedliche Lösung unter der internationalen Kontrolle zielt.

SPEZIALKRIEG IN KURDISTAN

Von Roland Schmitz

Heutzutage ist bekannt, daß die Kurden eine der größten Nationen der Welt ohne eigenen Staat sind. Das ist richtig. Die Kurden gehören zu einem der ältesten seßhaften Völker im Mittleren Osten, und vielleicht sind sie das Älteste. Sogar in den ältesten religiösen Büchern, wie dem Alten Testament, werden Kurdistan und die Kurden erwähnt. Aber das 550 tausend qkm umfassende Land Kurdistan ist hauptsächlich unter vier kolonialistische Ländern aufgeteilt. In allen Teilen Kurdistans wird die nationale Identität der Kurden verleugnet. Die Kurden werden in den Ländern, unter deren Hegemonie sie sich befinden, als Türken, Araber oder Perser bezeichnet. Die kolonialistischen und die imperialistischen Länder, die sie unterstützen, versuchen das über 30 Millionen zählende kurdische Volk aus der Geschichte auszuradieren. Heute leistet das kurdische Volk gegen diese Verleumdungs- und Vernichtungspolitik Widerstand, und es kämpft für ein unabhängiges und freies Kurdistan.

Spezifische Eigenschaften des türksichen Kolonialismus

Kurdistan ist eine Kolonie. Nun ist der in Kurdistan herrschende Kolonialismus nicht der gleiche, wie der, der von den europäischen Ländern praktiziert wurde. Wie bekannt ist, wurde die Existenz des Kolonalismus als System bis zum 2. Weltkrieg fortgeführt. Im imperialistischen Zeitalter des Kapitalismus wurde ein Großteil unseres Planeten zwischen den führenden Staaten aufgeteilt und somit die Kolonialisierung vervollständigt. Mehrere Staaten in Asien und insbesondere der afrikanische Kontinent sind unter den imperialistischen Staaten aufgeteilt und kolonialisiert worden.

Während dieser Jahre der Kolonialisierung hatten ein Teil der asiatischen und die überwältigende Mehrheit der afrikanischen Völker die Phase der Staatenbildung noch nicht erreicht. Den großen Staaten in Europa fiel es leicht, die Länder, in denen diese Völker lebten, zu okkupieren. Sie haben deren Widerstand zerschlagen und die Völker versklavt. Obwohl sie die kolonialisierten Völker grausam ausbeuteten, erniedrigten und Massakern aussetzten, waren die europäischen kolonialistischen Länder niemals bestrebt, diesen Völkern systematisch die Identität der herrschenden Nationen aufzuoktroyieren. Wenn sie auch in einigen Kolonien Assimilation betrieben, um eine kollaborierende Schicht zu schaffen, haben sie die Identität des seßhaften Volkes nicht verleugnet. So war die Situation in den Kolonien von England, Spanien, Frankreich und Holland. In der Kolonialzeit nahmen Länder wie Indien, Kenya, Sudan, Algerien, Honduras und Indonesien mit ihren eigenen Namen einen Platz auf der politischen Landkarte der Welt ein. Aus diesem Grund haben die oben genannten Länder keine ernsthaften Veränderungen der politischen Landkarte der Welt bewirkt, als sie sich vom Kolonialismus befreiten.

Es ist unmöglich, dieselbe Realität für Kurdistan festzustellen. Während im allgemeinen die Situation der Kolonien so ist, sind die Grenzen Kurdistans unbestimmt. Der Name Kurdistan existiert nur in Religionsbüchern, in einigen Forschungen von Wissenschaftlern, in Berichten der Nachrichtendienste der kolonialistischen und imperialistischen Länder und in den Reden einiger Politiker. Die kolonialistischen Länder, die Kurdistan unter sich aufgeteilt und zerstückelt haben, erkennen die Existenz und die Identität eines solchen Landes nicht an. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist: *"Kurdistan noch nicht einmal eine Kolonie, das kurdische Volk noch nicht einmal kolonialisiert. Der politische Status Kurdistans und des kurdischen Volkes befindet sich sehr weit unter dem einer Kolonie. Kurdistan hat weder einen politischen Status, noch eine politische Identität. Die Kurden sind ein Volk, welches man versklaven und seiner Identität berauben will, klarer ausgedrückt, es soll mit seiner Kultur und Sprache von der Erdoberfläche getilgt werden."* (Ismail Besikci, Kurdistan: Internationale Kolonie S.11 (16))

Der größte Teil Kurdistans befindet sich unter der türkischen Kolonialherrschaft. Mehr als die Hälfte des kurdischen Volkes lebt in diesem Teil. Aber nach der offiziellen Politik des türkischen Staates gibt es keine Kurden: die Kurden sind Bergtürken. Sogar Kurdisch zu sprechen ist durch Gesetze verboten, es wird als Straftat bewertet, und für diese Straftat sind schwere Strafen vorgesehen. Beispielweise wurde der HEP-Vorsitzende der Stadt Diyarbakir, der Rechtsanwalt Vedat Aydin, der von der Konterguerilla grausam getötet wurde, wegen einer kurdischen Rede bei einer Versammlung verhaftet und blieb lange Zeit im Gefängnis. Die Sprache erscheint als Ausdruck des realen Lebens. Das ist die Funktion, die Wissenschaftler ihr beimessen. Deshalb ist das Leben desjenigen, der seine Sprache nicht sprechen kann, seine Muttersprache nicht sprechen und schreiben darf, das Leben dieser Person, der diese Recht genommen wurde, ein falsches Leben, ein künstliches Leben. Seine Muttersprache zu vergessen bedeutet Tod, nicht physischen, sondern moralischen Tod, wie auch die kurdische Sprachwissenschaftlerin Cemile Celil besonders deutlich betonte. *"Wenn ein Mensch moralisch tot ist, hat sein physisches Leben auch keinen Wert mehr."*

Der geschätzte Wissenschaftler, der Soziologe Ismail Besikci schreibt über dieses Thema folgendes: *"Wenn wir die psychischen Auswirkungen bezüglich des Sprechens der eigenen Sprache betrachten, dann bedeutet dieses Verbot für einen Meschen das gleiche, als wenn ihm seine Zunge herausgerissen würde. Die Durchsetzung des Verbots zerstört neben der körperlichen auch die gesellschaftliche und psychische Einheit der Menschen. Es treten Menschen auf, die ungesund, krank, unausgeglichen sind, die sich nicht selbst vertrauen, die sich geringschätzen und die Führer des Staates in außergewöhnlichem Maße überschätzen. Die Gesellschaft dieser Menschen ist eine ungesunde und kranke Gesellschaft. Es ist sehr leicht, eine solche Masse zu führen. Diese Gesellschaft wird durch Befehle,*

"Schläge, Knüppel, Bedrohungen alles machen, was ihr aufgetragen ist, sie kann mit Leichtigkeit in alle Richtungen kanalisiert werden. Der einzige Weg der Genesung dieser Gesellschaft besteht darin, sich dieser Verbote bewußt zu werden und anzufangen, die eigene Identität zu hinterfragen. Es würde die Kolonialordnung am ehesten erschüttern, wenn dieses Hinterfragen sich entwickeln und zunehmen würde." (o.g. Buch S.27 (33))

Die Geschichte des Spezialkrieges in Kurdistan

Die Geschichte des Spezialkrieges, dessen traurigste Seite es ist, daß er von marionettenhaften Kräften geführt wird, ist ziemlich alt. In diesem Land haben die Türken seit 1514 angefangen, eine abhängige, kollaborierende und verräterische Schicht zu schaffen. Seitdem führt die Kolonialherrschaft ihre Macht, gestützt auf diese Kräfte, fort. Einer der wichtigsten geschichtlichen Gründe, daß der Spezialkrieg in Kurdistan einen großen Anwendungsbereich findet, ist die Kollaboration und der Verrat.

Die türkischen Kolonialisten haben die ersten Milizorganisationen in Kurdistan im 19.Jh. aufgebaut. Das 19.Jh. war in Kurdistan geprägt von Aufständen. Diese Aufstände wurden mit den wichtigsten Spezialkriegs-Taktiken wie der teile und herrsche und der den Feind in seinem Lager aufeinander hetzen, schwächen und vernichten, zerschlagen. Die Türken haben die sozialen Schwächen in Kurdistan meisterhaft ausgenutzt. Sie haben den Verrat der Feudalherren, die Stammes- und Konfessionswidersprüche gut benutzt. Der türkische Sultan Abdulhamit stellte die Hamidiye Regimenter genannten, marionettehaften Kräfte aus Kurden auf, um diese wieder gegen kurdische Aufständische zu hetzen. Diese Hamidiye Regimenter wurden auch bei dem großen Genozid an den Armeniern eingesetzt.

Während der Zeit der Türkischen Republik, die von Mustafa Kemal gegründet wurde, wurde mit gleichen Methoden vorgegangen. Die Kurden wurden zur gegenseitigen pysischen Vernichtung aufgehetzt. Die etwa zwanzig Revolten und Aufstände in Kurdistan während der Republikzeit wurden mit diesen Methoden unterdrückt und zerschlagen. Während des Dersim Aufstandes im Jahre 1937 verlangte Mustafa Kemal von den Armeekommandanten durch eine Anweisung, die er ihnen geschickt hatte, *"Sie haben für die Zerschlagung des Aufstandes, insbesondere für den Aufbau der Milizen von Innen, bezüglich des Geldes und der Frauen freie Hand."* (Innere Aufstände,



während der Republikzeit, Stabschef Verlag). In der von der Fremdherrschaft in Rückständigkeit gehaltenen Gesellschaft ist es unausweichlich, daß diese Methoden wirkten. So wurde auf diese Weise die Gesellschhaft bis in die Familien hinein zerstückelt. Es waren wieder die Kurden selbst, die kurdische Aufstände zerschlagen haben.

Nachdem die Türken die kurdischen Aufstände völlig zerschlagen hatten, begannen sie den Türkisierungsprozeß, der als weißer Genozid bekannt ist, voranzutreiben. Die in Kurdistan von der Kolonialbourgeoisie angewandte Logik wurde von Ismet Inönü klar zum Ausdruck gebracht. Während eines kurdischen Aufstandes im Jahre 1925 sagte Inönü, *"Der Aufstand ist mit dem Ziel der Gründung eines unabhängigen Kurdistans entfacht worden. Es ist offensichtlich, daß sie einige Jahre für dieses Ziel gearbeitet haben. Es ist die heiligste nationale Aufgabe, daß dieser Geist stirbt und getötet wird. Deshalb darf den schädlichen Personen, die sich in Kurdistan zu einer Führung entwickeln können, niemals verziehen werden."* (türkische Nationale) Unabhängigkeits-Gerichte, S.38). Ja, was vernichtet werden sollte, war das kurdische Bewußtsein und die Seele für die Gründung eines unabhängigen Kurdistans. Die türkische Bourgeoisie hat alles getan, um ihr Ziel zu erreichen. Allem, was Kurdentum beinhaltete, hat sie den Krieg erklärt. Sie hat die Namen der kurdischen Provinzen, Gemeinden, Dörfer, Berge, Flüsse und der Menschen in türkische Namen geändert. Sie hatte versucht in Kurdistan eine seelenlose Roboterarmee zu schaffen, die ihre nationale Persönlichkeit verloren hat, der Menschheit und sich selbst entfremdet. Dies war das einzigste Tor zum Leben, was für die kurdischen Menschen offen gehalten wurde.

Mit dem Voranschreiten des Guerillakrieges wurde der koloniale Status Kurdistans, wenn auch indirekt, von Seiten des türkischen Staates registriert. In der zweiten Hälfte der '80er Jahre wurde das alte Verwaltungssystem durch ein Neues ersetzt. An die Spitze Kurdistans wurde ein Generalgouverneur gestellt, als Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand. Jetzt wird Kurdistan zumindest aus formeller Sicht von einem Kolonialgouverneur regiert. Heute sieht man, auch von außen betrachtet, grundlegende Unterschiede zwischen der Art der Verwaltung im Geltungsbereich der Türkei und dem des Generalgouverneurs. Die im Jahre 1990 erlassenen Dekrete mit Gesetzeskraft: 413, 424 und 425 haben diese Unterschiede noch deutlicher zum Ausdruck gebracht. Der Generalgouverneur von Kurdistan wurde mit außerordent-

lichen Vollmachten ausgestattet, die seinem Namen entsprechen. Die Beschlüsse des Generalgouverneurs stehen über den Gesetzen. Während gegen Gesetze Klage wegen Verfassungswidrigkeit erhoben werden kann, gibt es für die Erlaße des Gouverneurs in Kurdistan keine solche Möglichkeit.

Die Rolle der türkischen Zentralregierung in Kurdistan ist sehr unbedeutend bzw. nicht existent. Diese Realität, die sich in den 80'er Jahren gezeigt hat, gilt auch für die vorherigen Zeiten. Die Politik in Kurdistan und gegenüber dem kurdischen Problem wird nicht vom Ministerrat bestimmt, sondern in gemeinsamen Treffen des MIT, des Amtes für die Spezialkriegsführung und des Nationalen Sicherheitsrates. Alle Beschlüße bezüglich Kurdistans werden von diesen Institutionen gefaßt und sind verbindlich für alle staatlichen Organe einschließlich der Regierung. Kurdistan wird nicht von der Zentralregierung regiert, sondern von den geheimen Kräften des Staates. Es gibt mehrere Beweise, die diese Tatsache bestätigen. Als Turgut Özal Ministerpräsident war, und Anfang 1989 eine Gruppe der Partei aus Hakkari empfing, sagte er, *"Ich bin der erste Staatschef, der sagen kann, daß es Kurden geben könnte. Und weiter, ich habe das Reuegesetz nicht erlassen. Mein Ziel war es, speziell für die PKK eine Amnestie zu erlassen. Aber unsere Kraft reichte dazu nicht aus. Die Oben wollten dies nicht. Das von uns vorbereitete Gesetz haben sie in federlose Vögel verwandelt. Wer kann jetzt von sich behaupten, daß dieses Gesetz die Probleme gelöst hat."* (Yeni Ülke, Nr.6)

Özal hat mit dieser Rede eingestanden, daß der Ministerpräsident und die Regierung nicht viel machen können, wenn die kurdische Frage auf der Tagesordnung steht, sondern daß die eigentliche Zuständigkeit in den Händen der Oberen liegt. Was mit dem Wort Oberen zum Ausdruck gebracht werden soll, ist, daß es sich um das Dreiergespann von MIT, dem Amt für die Spezialkriegsführung, und dem Nationalen Sicherheitsrat handelt. Von diesen ist das Amt für Spezialkriegsführung innerhalb der NATO gegründet worden und entspricht der in Italien entlarvten Organisation mit dem Namen Gladio; es ist die Schwesterorganisation der Gladio in der Türkei. In der Öffentlichkeit ist sie als Konterguerilla bekannter; diese Organisation ist die eigentlich herrschende Macht in Kurdistan, und der dort geführte schmutzige Spezialkrieg wird von dieser Organisation geführt.

Das Amt für Spezialkriegsführung

Das Amt für Spezialkriegsführung wurde mit Hilfe der USA gegründet und führte seine Aktivitäten vom Gebäude der Hilfsdelegation (JUSSMAT) (amerikanische militärische Hilfsorganisation für die Türkei im Rahmen des Marshallplans, Anm. d. Übers.) in Ankara aus fort. Bis 1974 wußte die Regierung nichts von der Existenz einer solchen Organisation. Der Ex-Ministerpräsident Bülent Ecevit sagte, er habe von der Existenz einer solchen Organisation erst erfahren, als der damalige Stabschef Semih Sancar von den geheimen Mitteln des Ministerpräsidiums erhebliche Summen Geldes haben wollte. Bis zu der Zeit wurden die gesamten Ausgaben der Organisation von den USA gedeckt. Als die USA 1974 die Finanzierung nicht mehr übernahm, wurde die Existenz der Organisation bekannt.

In der Türkei hat das Amt für Spezialkriegsführung während der drei Militärputsche von 1960, 1971 und von 1980 eine entscheidende Rolle gespielt. Insbesondere bei den letzten beiden Putschen hatte das Amt für die Spezialkriegsführung die Zügel in der Hand. Diese Organisation hat vor dem Militärputsch am 12. März 1971 mehrere Sabotageaktionen und Komplotte durchgeführt. Um die Reaktionen gegen die linken Kräfte zu schüren, hat sie diese Aktionen in der Öffentlichkeit den Revolutionären zur Last gelegt. Sie hat Aktionen gegen Zielobjekte durchgeführt, um so die Reaktion der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen und damit die Basis für die Putsche geschaffen. Beispielsweise wurde ein Passagierschiff versenkt und das Kulturzentrum von Istanbul in Brand gesetzt. Die Entführung des israelischen Generalkonsuls Efraim Elrom 1971 wurde vom Amt für Spezialkriegsführung geplant. Der Hauptmann Ilyas Aydin, der einer der Entführer Elroms war und ihn mit einem Kopfschuß tötete, war ein Mitglied des Amts für Spezialkriegsführung.

Eine andere Besonderheit des Amts für Spezialkriegsführung war, daß es in verschiedenen Abteilungen organisiert war. Einer dieser Arme war die Konterguerilla. Die Konterguerilla hat sich vor dem Militärputsch von 1980 innerhalb der faschistischen Partei namens Milliyetci Hareket Partisi/MHP (Nationale Bewegungs-Partei) organisiert. Legale und illegale Organisationen wie die MHP, Ülkü Ocaklari (Idealisten Vereine), Ülkücü Genclik Dernegi/ÜGD (Idealisten Jugend Vereine), Esir Türkler Kurtulus Ordusu/ETKO (Befreiungsarmee der gefangen gehaltenen Türken) und Türk Intikam Tugayi/TIT (Türkische Rachebrigaden) dienten den Zielen des Amtes für Spezialkriegsführung.

Die Konterguerilla hat bei den 1.Mai Feierlichkeiten auf dem Taksim Platz in Istanbul Massaker durchgeführt, wobei 34 Demonstranten getötet und Hunderte verletzt wurden. Dieses Massaker geschah vor den Augen Hunderttausender. Die Verantwortlichen waren bekannt. Aber sie wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, besser gesagt, man wollte sie nicht festnehmen. Zu diesem Massaker sagte der Ex-Ministerpräsident Bülent Ecevit folgendes: *"Wir waren zu der Zeit die größte Oppositionspartei. Wir haben eine Untersuchungskommission für diesen Vorfall gegründet. Aber ab einem Punkt gingen die Spuren verloren. Wir stießen sozusagen in ein Informationsloch und auf Widerstand. Obwohl wir jahrelang daran gearbeitet haben, konnten wir den Hintergrund für den Vorfall auf dem Taksim Platz nicht herausbekommen. Uns ist schon in den ersten Tagen klargeworden, daß die Täter dieses Vorfalls versteckt gehalten werden sollten, und man sah, daß dieser Vorfall mit sehr viel Sorgfalt vorbereitet gewesen war. Aus diesem Grund ist mir als das Wahrscheinlichste in den Sinn gekommen, daß dieser Vorfall mit dem zivilen Arm des Amtes für Spezialkriegsführung in Verbindung stand."* (Zeitung Cumhuriyet, 17.November 1990).

Der zivile verlängerte Arm des Amtes für Spezialkriegsführung, von dem Ecevit sprach, hat in dem Zeitraum zwischen 1976 und 1980 viele Demokraten, Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller, Hochschullehrer und Tausende von Revolutionären umgebracht. Er hat Kaffeehäuser und Wohnungen überfallen und massenhafte Massaker begangen. Insbesondere die Massaker in den kurdischen Städten hatten irrsinnige Ausmaße angenommen. Zum Beispiel wurden bei dem Massaker in der Provinz Maras im November 1979 Hunderte von Frauen und Kindern getö-



tet, Tausende verletzt und obdachlos gemacht. In den kurdischen Provinzen Erzincan, Malatya und Sivas wurden ähnliche Massaker durchgeführt. Das Hauptziel war klar: Der Staat wollte die von seinen eigenen organisierten Kräften hergestellte Situation als Vorwand nehmen, um in Kurdistan den Ausnahmezustand ausrufen zu können. Gleich nach dem Massaker in Maras wurde über ganz Kurdistan der Ausnahmezustand verhängt, und damit übernahm die Armee die Regierung.

Der Vorsitzende des Amtes für Spezialkriegsführung, Generalmajor a.D. Cihat Akyol, schreibt in seinem Buch über die psychologische Kriegführung folgendes: *"In manchen Situationen kann man geordnete Aktionen zur Ausnutzung für die Propagandazwecke durchführen. Man kann mit diesen Vorfällen wie Plünderungen, Massakern und Vergewaltigungen den Anschein erwecken, als seien diese von den Aufständischen durchgeführt worden. Nun muß man allerdings wissen, daß dieses Thema sehr heikel ist, wenn der Ort, die Art und der Inhalt nicht meisterhaft bedacht sind, kann das das Gegenteil bewirken... Um die Bevölkerung von den Aufständischen zu trennen wird empfohlen, gefälschte Operationen der Sicherheitskräfte mit beispielloser Grausamkeit und maßloser ungerechter Behandlung der Bevölkerung durchzuführen."* (Konterguerilla und die MHP, S. 45) In der Türkei und Kurdistan hat es unzählige praktische Anwendungen dieser Theorie gegeben.

Das Amt für Spezialkriegsführung beherrscht nach dem Militärputsch von 1980 die türkische Armee absolut. Die Vorsitzenden des Amtes für Spezialkriegsführung werden unter den Militärs im Rang von Brigadegenerälen gewählt. Diese werden, sogar nachdem sie ihren Dienst verlassen haben, auf die lebenswichtigen Posten des Staates gebracht. Zum Beispiel sind auf den Posten des Generalsekretärs des Präsidenten und des Generalsektetärs des Nationalen Sicherheitsrates die Ex-Vorsitzenden des Amtes für Spezialkriegsführung.

Spezialkrieg in Kurdistan

Kurz nach Beginn des Guerillakampfes in Kurdistan begann der türkische Staat mit der Ausweitung der Spezialkriegsmethoden. Als er sah, daß die Armee gegen die Guerilla keinen Erfolg hatte, versuchte er, den Krieg zu kurdisieren. 1985 wurde das Dorfschützergesetz erlassen. Mit dieser Grundlage hat der Staat angefangen, die feudalen Stammeskräfte zu bewaffnen. Das Dorfschützer-System wurde während der Zeit des Osmanischen Reiches entwickelt und dann während der Herrschaft Mustafa Kemal's fortgesetzt. Es besteht in der Organisierung der ansässigen Stammes-Banden. Da die kurdische Gesellschaft eine rückständige Sozialstruktur aufweist, stellte das Dorfschützer-System eine ernsthafte Gefahr für den kurdischen Befreiungskampf dar. Wenn man gegen einen Dorfschützer vorging, brachte dies das Risiko mit sich, daß man schließlich gegen seinen ganzen Stamm vorgehen mußte, weil die Beziehungen aufgrund der Blutsbande sehr stark sind. Die Absicht dieses Systems war, die Stämme als bewaffnete Ziele gegen die Guerillakräfte zu stellen und so Kurden durch Kurden vernichten zu lassen. Nachdem der türkische Staat die kurdischen Menschen zur

Armut an der Grenze zur Hungersnot verurteilt hatte, bot er ihnen nun als einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, eine Existenz als Kopfgeldjäger!
An der Spitze der Kräfte, die in Kurdistan Krieg führen, stehen die Spezial-Teams genannten Konterguerillaeinheiten. Die wie eine Mörderbande arbeitenden Teams werden von der bundesdeutschen GSG-9 ausgebildet, und auch der größte Teil ihrer Ausrüstung wird von der BRD gestellt. Diese hauptsächlich aus Rassisten und Faschisten ausgewählten Elemente bringen in Kurdistan fast täglich Menschen um. Zum Beispiel wurde Vedat Aydin, Vorsitzender der Arpeitspartei des Volkes (HEP) in Diyarbakir und Vorstandsmitglied der örtlichen Sektion des Menschenrechtsvereins, am 5. Juli 1991 von der Konterguerilla von seinem Haus abgeholt und umgebracht. Die Leiche von Vedat Aydin wurde am 8. Juli unter einer Brücke auf einer Landstraße gefunden. Die Teilnehmer der Trauerfeier, die für Vedat Aydin am 10. Juli im Zentrum Diyarbakirs stattfand, erlebten ein weiteres Massaker durch die Spezial-Teams, Kommandoeinheiten und Polizei. Durch das Feuer, das diese Kräfte auf die unbewaffnete Bevölkerung eröffneten, wurden 11 Menschen getötet und Tausende verletzt. Unter den Verletzten befanden sich auch Parlamentarier. Der Ministerpräsident der Türkischen Republik bewertete - statt sich gegen die Verantwortlichen zu wenden - die Trauerfeier, an der sich Hunderttausende beteiligten, als separatistische Hetze: Wer sich zu solch separatistischer Aufhetze verleiten läßt, muß sich auch der Folgen bewußt sein.
Die in Istanbul herausgegebene Wochenzeitung Yeni Ülke schreibt in in ihrer Ausgabe vom 8.-14. September 1991, Nr. 46, daß die Konterguerilla-Teams allein in Mardin, Nusaybin, Dargecit und in Midyat vom 25.-28. August fünf Menschen durch Schüsse liquidiert habe. Der Bauer Ismail Yigit wurde am Abend des 25. August von seinem Haus in Dereköyü bei Nusaybin abgeholt. Als seine Leiche in der Nähe seines Dorfes gefunden worden war, hat man in seinem Leichnam 36 Schüsse festgestellt. In der Nacht vom 27. August haben uniformierte Personen, die zum Dorf Nehile bei Midyat gekommen sind, zwei Taubstumme und einen geistig Verwirrten, insgesamt also drei Personen, im Schlaf ermordet. Soldaten, die am Abend des 25. August in das Dorf Sete bei Dargecit gekommen waren, ermordeten den Bauern Haci Berakat Acun vor seiner Haustür.
Die Konterguerilla-Teams foltern die Personen, die sie entführt haben, grausam; nachdem sie sie umgebracht haben, schänden sie die Leichen bis zur Unkenntlichkeit, sie holen ihre Augen heraus, brechen ihre Arme und Beine, schneiden ihre Nasen ab. Mit dieser Barbarei wollen sie die Bevölkerung einschüchtern. Sie wollen ihnen sagen: Wenn ihr in Beziehung mit der Guerilla steht oder wenn ihr mit ihr sympathisiert, wird euer Ende auch so sein. Das Hauptziel dieser Barbarei ist es, das Volk von den Befreiungskräften fern zu halten, in dem klassischen Begriff das Meer austrocknen.
Die türkische hat Massenverhaftungen durchgeführt und die Bevölkerung gezwungen, für die bürgerlichen Parteien zu stimmen. Aber die gewaltige Mehrheit des Volkes hat für die kurdischen Kandidaten gestimmt. In Kurdistan sind die Parteien des Systems verschwunden. Die Ergebnisse dieser Wahlen bargen gleichzeitig eine Art Referendum in sich, welches den absoluten Willen des kurdischen Volkes nach Unabhängigkeit und Freiheit dokumentierte.
Trotz der Versprechen der neuen Regierung für die Verbesserung der Menschenrechte, wurde die Barbarei der Konterguerilla in Kurdistan fortgesetzt. Der Ex-Abgeordnete und der Kandidat der Türkischen Arbeiterpartei, Ismail Hakki Kocakaya wurde im November von seinem Haus in Siverek abgeholt und umgebracht. Einige Tage später wurde seine Leiche auf der Landstraße gefunden. 12 Schüsse wurden in seinem Leichnam gefunden. Der Polizeipräsident von Siverek, Ramazan hat zugegeben, daß die Kennzeichen des Autos, mit dem Kocakaya von seinem Haus abgeholt wurde, zu einem Polizeiwagen gehörten.
Dieser letzte Mord hat noch einmal bewahrheitet, daß die Regierung in dem türkischen System nicht viel zu sagen hat. Insbesondere in Bezug auf die kurdische Frage hat die neue Regierung offengelegt, daß sie nichts zustande bringt, außer sich den Befehlen des Amtes für Spezialkriegsführung zu beugen. Kurz gesagt, auch in Zukunft werden die terroristischen Praktiken des Spezialkrieges in Kurdistan fortgesetzt. Aber dies wird keine neue Bedeutung haben. Während der türkische Staat jeden Tag mehr im Sumpf des Spezialkrieges versinkt, wird das Kurdische Volk seiner Unabhängigkeit und seiner Freiheit noch näher rücken. Im Sumpf des Spezialkrieges versinkt, wird das Kurdische Volk seiner Unabhängigkeit und seiner Freiheit noch näher rücken.



Mit falschen Wahlmanövern ist die Sehnsucht nach Unabhängigkeit und Freiheit des kurdischen Volkes nicht aufzuhalten

Am 17. Mai wurden in Südkurdistan Parlamentswahlen durchgeführt. Was bedeuten Parlamentswahlen in einem Land, in dem nicht einmal die elementarsten Menschenrechte und Freiheiten gelten



und die Identität und Realität geleugnet wird, und was kann mit ihnen gewonnen werden? Unter welchen Bedingungen wurden die Wahlen durchgeführt?

Bekanntlich endeten die Spannungen, die im Zusammenhang mit der Besetzung Kuwaits durch das irakische Regime von den Imperialisten benutzt wurden, den Versuch zu unternehmen, ihre "Neue Weltordnung" zu installieren, 1991 im Krieg. Die USA, die es auf eine Schwächung des Saddam-Regimes abgesehen hatten, bekamen sofort die Unterstützung einer Reihe imperialistischer Länder; das Europaparlament und die UNO unternahmen durch ihre Beschlüsse eine Intervention. Aufgrund der Schwächung der Saddam-Kräfte durch den Krieg waren die Bedingungen für einen Aufstand der Opposition im Land günstig. Die imperialistischen Kräfte ergriffen jedoch sehr frühzeitig entsprechend ihrer Interessen Besitz von der Opposition im Land.

In Südkurdistan war die Lage, wenn auch Besonderheiten vorhanden waren, doch die gleiche. Es konnte ohnehin auch schon vor dem Krieg keine Rede davon sein, daß das Saddam-Regime eine totale Kontrolle über Südkurdistan ausüben konnte. Das mit dem Krieg entstandene Machtvakuum, und daß die imperialistischen Kräfte ihre gesamten Kräfte gegen Saddam gerichtet hatten, haben die günstigsten Möglichkeiten für einen Aufstand in Südkurdistan geschaffen. Obwohl auf praktischer Ebene damals die Bedingungen so waren, waren die vorherrschenden objektiven und subjektiven vorherrschenden Bedingungen, was die Basis des Kampfes und die Organisierung anbelangt, nicht günstig für einen allgemeinen Aufstand zur Erlangung der nationalen Rechte und der Freiheit. Aus diesen Gründen entwickelte sich die Volksbewegung, die in dieser Zeit zum Ausbruch kam, unorganisiert, ohne Führung und spontan. Mit dem Ausgang des Golfkrieges zum Vorteil der Interessen des Imperialismus gingen die Saddam-Kräfte gegen

den Volksaufstand vor, richteten ein Massaker an und erstickten sie in Blut, woraufhin es zu der hinlänglich bekannten Fluchttragödie kam.

Nach der Fluchttragödie intervenierten dann die imperialistischen Kräfte in Südkurdistan. Die Saddam-Kräfte zogen sich



südlich des 36. Breitengrades zurück und das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades wurde unter den "Schutz" des US-Imperialismus gestellt. Obwohl mittlerweile über ein Jahr vergangen ist, gelang es weder den imperialistischen Kräften noch der Kurdistanfront, Autorität über das Gebiet zu erlangen. Wenn auch unter diesen Bedingungen daran gegangen wurde, eine neue Organisierung und neue Kampfmethoden zu entwickeln und Strukturen zu schaffen, die eine Antwort im Sinne der Interessen des Volkes darstellen, waren die vorherrschenden Bedingungen doch nicht günstig dafür, diese Strukturen in allen Gebieten durchzusetzen und ihnen Autorität zu verleihen. In dieser Phase begann die Kurdistanfront ihre Autonomieverhandlungen mit dem Saddam-Regime. Diese Autonomieverhandlungen dauerten lange Zeit, führten jedoch zu keinem Ergebnis.

Zur gleichen Zeit wurden die Beziehungen der Kurdistanfront zum türkischen Regime mit all ihren Aspekten immer klarer und verfestigten sich. Diese Beziehungen bildeten sich immer deutlicher auf der Basis der beabsichtigten Vernichtung des von der PKK geführten Befreiungskampfes heraus. Talabani und Barzani reisten immer häufiger in die Türkei, sämtliche Repräsentanten des türkischen Kolonialstaates, vom Präsidenten der Republik bis zum Generalstabchef, gaben ihnen Privataudienzen. Es fanden Geheimtreffen Barzanis und Talabanis mit dem Chef und anderen Vertretern des türkischen Geheimdienstes und mit Generälen statt, in denen sie gemeinsame Beschlüsse faßten und umsetzten. Es wurde der Beschluß der Vernichtung des von



der PKK geführten nationalen Befreiungskampfes und des Genossen Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, getroffen und Pläne und Projekte für dieses Ziel entwickelt. Sofort nach diesen Treffen begannen die Artillerie- und Infanterieangriffe der türkischen Armee gegen PKK-Camps in Südkurdistan. In Südkurdistan begann die Kurdistanfront, Verhaftungen und Komplotte gegen die Kräfte der PAK (Freiheitspartei Kurdistans), die die Politik der PKK unterstützt und für die Unabhängigkeitsline eintritt, einzuleiten.

Sind die Kräfte oder Parteien, die sich in der Kurdistanfront zusammengeschlossen haben, dazu in der Lage, das vorhandene Klima zu nutzen und eine auf ihre eigene Kraft gestützte politische Linie zu verfolgen und Schritte zu einer Armeebildung für die nationale Unabhängigkeit und eigenen Interessen, einer stabile Organisierung und sogar zu einer zunehmenden Staatenbildung zu unternehmen? Oder sind sie wenigstens in der Lage, Vorbedingungen zur Entwicklung einer solchen Phase zu beginnen? Wenn wir uns die schmutzigen Beziehungen, die die Kurdistanfront mit dem Imperialismus und dem türkischen Staat eingegangen ist, und wie sie das kurdische Volk auf ihre schmutzige Weise verkaufen wollen, vor Augen führen, wird klar, daß sie dazu nicht in der Lage sind. Auch unter dem Klassenaspekt, ihrer politischen Linie, die sie verfolgen und ihrer stammesfeudalen Tradition sind sie dazu nicht in der Lage. Alle Kräfte, die sich in der Kurdistanfront zusammengeschlossen haben, stützen sich auch nicht auf das Prinzip der eigenen Kraft. Daß diese Kräfte soviel "Berühmtheit" erlangt haben und ihnen internatio-

nal soviel Wichtigkeit begemessen wird, liegt daran, daß sie sich von den imperialistischen Kräften als ein Werkzeug für die imperialistischen Interessen und gegen das Saddam-Regime benutzen und sich gegen den von der PKK geführten nationalen Befreiungskampf einsetzen lassen wollen. Sie sind der Kurdistan-Arm der "Neuen Weltordnung", und diese "Neue Weltordnung" ist auch die Basis, auf die sie ihre ganze Existenz stützen. Die Reisen, die ihre Vertreter in die imperialistischen Länder wie USA, England, BRD, Frankreich und in die Türkei unternommen haben, stützen sich auf diese Basis und haben die Interessen des Imperialismus zur Grundlage. Die Wahlen in Südkurdistan wurden auf genau dieser Basis durchgeführt.



Daß die Grundlage dieser Kräfte nicht die nationalen und gesellschaftlichen Interessen des Volkes sind, wird schon aus ihren eigenen Äußerungen in der Presse deutlich. Barzani antwortete nach den Wahlen auf die Frage eines Journalisten: *"Was werden die Aufgaben des Nationalparlaments sein? Kann die Bildung dieses Gremiums als ein erster Schritt auf dem Weg zu einem unabhängigen kurdischen Staat betrachtet werden?", folgendes: "Wir versuchen nicht, einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen. Unser Ziel ist eine regionale Autonomie innerhalb der bestehenden Grenzen zu bekommen. Die Aufgaben des Nationalparlaments sind die Außenpolitik, Steuereinziehung und Verwaltung in den Gebieten, die außerhalb der Kontrolle der Armee stehen. Diese drei Bereiche werden weiterhin auch in den Händen der Regierung in Bagdad liegen."* Barzani geht soweit, daß er dies auch noch als "einen großen Schritt für die Demokratie" bezeichnet, doch seine Ausführungen über die Aufgaben dieses Parlaments als auch ihre Praxis zeigen, welch großer Widerspruch da herrscht. Kann es denn im Schatten der Waffen der NATO-Eingreiftruppen und in Abhängigkeitsbeziehungen vom Imperialismus und dem Saddam-Regime eine Demokratie geben, wo nicht einmal die elementarsten Menschenrechte und Freiheiten existieren? Das kann höchstens eine Demokratie für Saddam, den Imperialismus und eine Handvoll Kollaborateure sein.

Der US-Imperialismus erklärt ganz eindeutig, und der US-amerikanische Senatsbeschluß ist ein Beleg dafür: "Wir wollen keine Teilung des Iraks und wir wollen kein Kurdistan". Die US-Repräsentanten haben auch unmißverständlich erklärt, daß sie Maßnahmen ergreifen werden, falls nach den Wahlen Verhältnisse entstehen sollten, die über eine Autonomie hinausgehen, um das zu stoppen, und sie schon im Vorfeld über entsprechende Maßnahmen nachdenken. Die Statements der Repräsentanten des US-Imperialismus haben ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Kollaborateure aus Südkurdistan als Schutzschild für ihre Interessen benutzen. Die Wahlen, die in Südkurdistan durchgeführt worden sind, ihre Ziele und die nach den Wahlen zu erwartende Lage müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan sagte über die Wahlen in Südkurdistan: *"... Für ein Volk, das in der Realität nicht selbst über sein Schicksal bestimmt, haben Wahlen kaum eine Bedeutung. Wir müssen uns diesen Blödsinn und diese Falschheit einmal ganz klar machen. Diese Wahlen in Südkurdistan sind nichts anderes als das Manöver mancher Kräfte, nicht auf der Basis der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes, sondern in Abhängigkeit von den imperialistischen und kolonialistischen Staaten, sich selbst als harmlos darzustellen und innerhalb der Massen, in denen sie keine Basis mehr haben, Fuß zu fassen. Mit Demokratie hat das ganze nichts zu tun.*

Wir wissen noch ganz genau: 1975 haben sie innerhalb von 24 Stunden eine 100.000 Mann-Armee aufgelöst. 1988 und 1991 passierte das gleiche! Worauf



begründen sie denn ihr Vertrauen in die USA und in Europa, wo das drei Mal ganz klar so war? Ist es denn etwa nicht so gewesen, daß die Konsequenz dieses Vertrauens in die USA und in Europa jedesmal ein Massaker war? Wer kann mit Sicherheit behaupten, daß das morgen nicht wieder so sein wird? Gibt es dafür eine Garantie? Nein!
Aus diesem Grund waren diese Wahlen nichts als ein Zeugnis der Falschheit. Eine wirkliche Sicherheit bietet nur die Selbstverteidigung des Volkes. Dafür müßte eine auf die Kraft des eigenen Volkes gestützte Organisierung verwirklicht werden. Daß die Kollaborateuere stattdessen diplomatische Manöver machen und so vor den grundlegenden Aufgaben fliehen, ist nichts anderes als eine Lakaienpolitik."
Mit welchem Ziel haben die Kollaborateure, die Kurdistan dem Imperialismus und Kolonialismus anbieten und versuchen, unter dem Schutz der NATO-Eingreiftruppen sich auf den Beinen zu halten, die die Rolle der Stütze der US- und TR-Politik in Kurdistan übernommen haben, diese Wahlen durchgeführt, und was dagegen sind die Sehnsüchte und Forderungen des Volkes in Südkurdistan? Einerseits hat die bittere Realität der letzten Jahre und die immer wieder erlittenen Niederlagen in den letzten zwanzig, dreißig Jahren das Volk weitgehend eingeschüchtert und seine Sehnsucht nach Unabhängigkeit und Freiheit sowie sein Vertrauen ziemlich erschüttert. Die Hauptverantwortliche dafür ist ohne Zweifel die feudalnationalistische und kleinbürgerliche Kollaborateurs-Führung. Die feudalnationalistisch und kleinbürgerlich strukturierten Kollaborateurskräfte haben in der Geschichte Kurdistans sehr oft solch eine negative Rolle gespielt. Und sie benutzten und benutzen immer noch die Forderungen und Sehnsüchte des Volkes auf widerwärtige Weise aus und spielen mit dem Volk, um dieser Rolle weiterhin gerecht zu werden. In der jüngsten Vergangenheit hat das Halabja-Massaker, das Saddam 1988 mit deutschem Giftgas begangen hat und die Tragödie des Aufstandes von 1991, die in einer Fluchttragödie und einem Massaker geendet hat, Angst und Hoffnungslosigkeit im Volk hervorgerufen. Die Kurdistanfront, die das auf widerwärtige Weise auszunutzen versuchte, wollte das Volk in ihren eigenen Verrat und ihre Kollaboration verstricken und versuchte nun auch noch, die NATO-Eingreiftruppen und damit den Imperialismus auf Dauer in Kurdistan zu installieren und das Volk so zum Opfer ihrer Politik zu machen. Die Kurdistanfront versuchte mit massiver Propaganda dem Volk Glauben zu machen: *"Ohne NATO-Eingreiftruppen können wir nichts machen. Wenn sie abziehen wird es wieder ein Massaker geben. Die USA, England und Deutschland sind nicht mehr so wie früher, ihre Kurdistanpolitik hat sich geändert und sie sind jetzt zu Freunden des kurdischen Volkes geworden. Mit ihrer Unterstützung werden wir ein Kurdistan gründen."*
Trotz alle dem war die Grundtendenz im Volk während der Wahlen doch immer die: Unabhängigkeit oder Tod! Es ist wichtig, daß das Volk trotz alledem immer noch so eindeutig auf der Seite der Unabhängigkeit und Freiheit steht. Es war die eindeutigste Antwort auf die Versuche der Kollaborateurskräfte, unter dem Deckmantel von Autonomie die imperialistische Politik in der Region durchzusetzen, daß auf allen Wahlkundgebungen immer die Parole "Unabhängigkeit oder Tod" von den Volksmassen gerufen wurde. Der von der PKK in Nordwest-Kurdistan geführte Befreiungskampf spielt eine grundlegende Rolle dabei, daß das Volk in Südkurdistan

sich diese Haltung für die Unabhängigkeit und Freiheit bewahren konnte. Das zeigt, daß, wenn das Volk in Südkurdistan auf der richtigen Basis organisiert wird und Positionen erobert, es trotz aller erlebter Niederlagen möglich ist, daß das Volk wieder existiert. Der PAK als Organisation, die die nationale Unabhängigkeit in diesem Sinne zu ihrer Basis macht und eine dementsprechende Strategie und Taktik entwickelt, kommt hier eine große historische Aufgabe und Verantwortung zu.
Welche Haltung hatte die TR zu den Wahlen in Südkurdistan? Sie hat ihre Haltung ganz klar gezeigt. Die hochrangigsten militärischen und zivilen Repräsentanten der TR haben erklärt, daß sie den Wahlen keine Legitimität zubilligen, diese Wahlen die territoriale Einheit des Irak gefährden und das Machtvakuum vergrößern können, wovon die PKK profitieren würde und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden an Boden gewinnen können. Die TR hat jedoch, wie stark sie auch immer aus den genannten Gründen gegen die Wahlen war, sich trotzdem bemüht, im Einklang mit den Interessen des Imperialismus, der diese Wahlen wollte, keine allzu harte Gegenhaltung an den Tag zu legen. Unmittelbar nach den Wahlen reiste dann Talabani sofort in die Türkei, zu Geheimtreffen und auch, um die TR zu beruhigen und ihre Bedenken hinsichtlich der Folgen der Wahlen zu zerstreuen. Die TR versucht den von der PKK geführten nationalen Befreiungskampf mithilfe ihrer Spezialkriegskräfte in Nordwest-Kurdistan und der Kollaborateurskräfte in Südkurdistan in die Zange zu nehmen und zu vernichten. Es ist klargeworden, daß die Kollaborateurskräfte diese negative Rolle gegen den Befreiungskampf der PKK voll und ganz übernommen haben und sich nicht davor scheuen der TR alle ihnen nur mögliche Unterstützung zu gewähren. So haben sie schon jetzt begonnen, die Menschen in Südkurdistan, die offen ihre Sympathie für die Linie der PKK zeigen, zu bedrohen, zu verhaften, zu foltern, zu ermorden und wollen keine politischen Aktivitäten in Richtung einer Unabhängigkeitslinie in Südkurdistan zulassen.
Nach den Wahlen haben sie ihr Parlament und ihren Präsidenten bestimmt. Sie wollen das als Alternative dem Nationalkongreß, den die PKK im Rahmen ihrer Unabhängigkeitslinie zu bilden beabsichtigt, und wofür sie seit dem vergangenen Jahr Vorbereitungen tritt, entgegenstellen. Mit diesen falschen Wahlen wollen sie der von der PKK vor einem Jahr angekündigten Kriegsregierung Botan-Behdinan zuvorkommen. Die Kurdistanfront will so innerhalb der Grenzen des vom Saddam-Regime und den Imperialisten gesteckten Rahmens auf der Basis einer Autonomie Barzani als "Kurdenführer" legitimieren und auf internationaler Ebene anerkennen lassen.



Der Generalsekretär der PKK, Genosse Abdullah Öcalan, erklärte zur Falschheit des Parlaments und der Führungsrolle der Kurdistanfront: *"Sie behaupten, das sei das Parlament der Kurden und ihr Präsident. Damit überhaupt von einem kurdischen Parlament und einem kurdischen Präsidenten die Rede sein kann, muß es erst einmal einen Ort geben, der von ihren eigenen Kräften, von ihren Waffen kontrolliert wird. Haben sie denn eigene Kräfte? Üben sie denn selbst die Kontrolle aus, haben sie sich diese Kontrolle erkämpft? Nein! Sie betreiben Politik im Schatten der NATO-Eingreiftruppen. Wenn die nicht da wären, können sie sich keine 24 Stunden an der Macht halten. Nehmen wir einmal an die USA würden sich zurückziehen. Wer würde sie dann schützen? Haben sie eine eigene Kraft? Verteidigen sie sich selbst? Nein!"*
Weiter sagt Abdullah Öcalan zu der Frage, wie dieses Problem zu lösen ist: *"Unsere Politik ist daran orientiert, daß, selbst wenn das Volk in Südkurdistan im Staat des Irak verbleiben sollte, eine Föderation auf der Basis absoluter gleicher Rechte entwickelt würde. Dafür müßte eine Armee und ein Parlament gebildet werden. Wenn der Irak auf einer solchen Basis einen Dialog beginnen würde, soll darauf eingegangen werden. Das ist nie ernsthaft geschehen. Wer waren denn bisher die 'Volksvertreter' in Südkurdistan? Natürlich die kollaborierenden Großgundbesitzer und Feudalherren! Und das ist auch nicht mit diesen Wahlen zu ändern, die nichts an der Situation verändern, sondern ihnen nur eine Legitimität verleihen wollen, die sie nicht haben."*
Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Kollaborateurskräfte in Südkurdistan eine weitere Front gegen den von der PKK orientiert an der Unabhängigkeitslinie geführten nationalen Befreiungskampf darstellen und sich in den Dienst des schmutzigen Spezialkriegs der TR stellen lassen. Die Wahlen in Südkurdistan hatten nicht die Vertretung der nationalen und gesellschaftlichen Interessen des Volkes zur Basis, sondern waren vielmehr daran orientiert, Kurdistan zu einer Stellung der imperialistischen Kräfte zu machen und ihre Präsenz dort zu legitimieren. Die Rolle der Kurdistanfront als Standbein der "Neuen Weltordnung" der USA in der Region trat klar zutage. Die Wahlen waren eine Taktik mit der die von der PKK angekündigte Bildung der Kriegsregierung Botan-Behdinan zum Scheitern gebracht werden sollte.
Als Schlußfolgerung können wir sagen: Die Linie der PKK muß mit noch größeren Anstrengungen weiter verfolgt werden, um die Pläne und Angriffe des Imperialismus, des türkischen Kolonialismus und der kurdischen Kollaboration, die es auf die Vernichtung des von der PKK geführten Unabhängigkeits und Freiheitskampf abgesehen haben, zum Scheitern zu bringen.

* * *

TAGEBUCH DER MENSCHENRECHTE IN KURDISTAN



Wieder Konterguerillamorde in Silvan und Batman

Am 9. Juni wurde der Tabakhändler Ibrahim Demirhan vor seinem Haus im Zentrum von Batman durch Schüsse der Konterguerilla ermordet, als er in Begleitung seines Kindes nach Hause gehen wollte.

Am 10. Juni wurde Dr. M. Emin Ayhan in Silvan vor seinem Haus von der Konterguerilla ermordet. Der im Volk beliebte Arzt war mit seiner Frau auf dem Nachhauseweg von einem Besuch. Vier Männer, die mit einem Renault mit dem Nummernschild 72 AC 590 davonfuhren, eröffneten das Feuer, als die beiden ihr Haus aufschließen wollten. Die Frau M. Emin Ayhans brachte ihren schwerverletzten Mann noch ins Krankenhaus, er konnte jedoch nicht mehr gerettet werden. Am 14. Juni fand eine Demonstration vom Krankenhaus Diyarbakir bis zum Haus des ermordeten Arztes von Beschäftigten im Gesundheitswesen gegen die Konterguerilla statt.

Am Abend des 14. Juni wurde im Stadtteil Feridun in Silvan in der Provinz Diyarbakir eine Gruppe PKK-Sympatisanten auf der Straße von der von Ülkü angeführten Konterguerilla-Gruppe angegriffen. Bei der bewaffneten Auseinandersetzung wurden Nihat Kurkan ermordet und Mustafa Kayik und Nevzat Garzan schwer verletzt.

Beschäftigte im Gesundheitswesen werden verbannt

Fünf im Staatskrankenhaus in Dersim Beschäftigte, die Mitglieder und teilweise Funktionäre der Gewerkschaft "Tüm Saglik-Sen" sind, wurden von Dersim verbannt und in verschiedene Orte versetzt. Die Krankenhausverwaltung gibt nicht den wirklichen Grund für die Zwangsversetzung an, sondern behauptet, es sei

zuviel Personal vorhanden.

Haftbefehl gegen Journalisten und IHD-Vorstand

Das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir hat am 9. Juni Haftbefehl erlassen gegen den Reporter der Wochenzeitung Yeni Ülke, Naif Yasar und den Vorstand des Menschenrechtsvereins IHD von Van, Yavuz Binbay, die bereits während der Newrozereignisse verhaftet wurden.



Staatsterror am Tag der Beerdigung von Hafiz Akdemir

Der Vater des am 8. Juni von der Konterguerilla ermordeten Journalisten der Zeitung Özgür Gündem konnte durchsetzen, daß die am 9. Juni von den türkischen Sicherheitskräften verschleppte Leiche seines Sohnes doch noch am 16. Juni in seinem Heimatdorf Sisi in Lice beigesetzt werden konnte. Die Beerdigungsfeier wurde jedoch wieder verboten, und am 16. Juni, an dem Tag, als der Leichnam von Diyarbakir nach Sisi transportiert wurde, war ganz Diyarbakir von Sicherheitskräften besetzt, die die Bewohner terrorisierten.

Friedhofsbesucher festgenommen

Über 200 Bewohner aus Bitlis und den umliegenden Dörfern besuchten am Tag des Opferfestes das Grab der gefallenen Befreiungskämpferin Mizgin. Sie wurden von einem weißen Renault aus gefilmt während Polizeikräfte die Menge zu zerstreuen versuchten. Dabei wurden zehn Menschen festgenommen.

In den Gefängnissen herrscht immer noch der 12. September

Im Gefängnis Elazig wurden die Angehörigen der (überwiegend kurdischen und wegen tatsächlicher oder angeblicher PKK-Mitgliedschaft oder -Unterstützung inhaftierten) Gefangenen am 14. Juni, dem Besuchstag anläßlich des Opferfestes, nicht eingelassen. Einige Gefangene befinden sich seit einer Woche in Isolationszellen. Schließer haben die Zellen überfallen und die Gefangenen zusammengeschlagen.
Auch im Spezialtyp Gefängnis Bursa wurde der Besuchstag verboten. Die Gefangenen von Bursa erklärten, daß sie von dem Gefängnisdirektor Gül, seinem Stellvertreter Sen und dem Staatsanwalt Dogan gefoltert wurden.
Die Gefangenen des Gefängnisses Kemalpasa in Izmir sind aus Protest gegen die Zwangsverlegung von Ufku Demirel in einen zweitägigen Hungerstreik getreten.
Die Leitung des Gefängnisses Aksehir hat am 22. Mai den Beschluß gefaßt, daß die Gefangenen keine anderen Zeitungen außer den staatstreuen Hürriyet und Milliyet bekommen. Der Direktor Ülger, der nach dem Grund gefragt wurde, warum die Gefangenen die Zeitung Yeni Ülke und Welat nicht bekommen erklärte, daß er vom Geheimdienst MIT bedroht wird und deshalb diese Zeitungen nicht aushändigen kann.
Die Gefangenen aus Nevsehir machten in einer Pressekonferenz auf das Verschwinden des Gefangenen Hasan Güldan aufmerksam. Er wurde am 23. Mai von der Gendarmarie Artvin verhaftet und von den Gefangenen am 28. Mai bei einer Gegenüberstellung im Zustand des Komas infolge der Folter gesehen. Seither ist Hasan Güldan verschwunden.

Morddrohungen gegen Özgür Halk-Redakteur und Verkäufer

Das Spezialteam in Tatvan kommt täglich zu den Kiosken, die die Zeitschrift "Özgür Halk" verkaufen, und versucht die Kioskbesitzer durch Drohungen vom Verkauf dieser Zeitschrift abzubringen.
Außerdem äußerten Spezialteamkräfte: "Wir werden den Tatvan-Korrespondenten von Özgür Halk umbringen. Selbst wenn er von 2.000 Leuten beschützt werden sollte, er wird nicht mehr lange leben."

Spezialteamterror in Tatvan

Am 4. Januar wagte der städtische Arbeiter Sahabettin Yalcin von seinem Arbeitsplatz, einer städtischen Verteilerstelle in Tatvan aus, einen Blick auf einen vorbeifahrenden Panzer. Ein Spezialteam schlug ihn deshalb brutal zusammen und drohte ihm er dürfe niemanden etwas

davon sagen. Er ging trotzdem ins Krankenhaus und wurde für 10 Tage arbeitsunfähig geschrieben.
Der Busfahrer Sabri Akin verringerte seine Geschwindigkeit, um nicht auf ein stehendes Auto aufzufahren. Hinter ihm fuhr ein Spezialteam, das ihn beschuldigte, absichtlich langsamer gefahren zu sein und ihn deshalb aus dem Bus zerrte, brutal zusammenschlug und vorübergehend festnahm.

Militärterror gegen vier Dörfer in Mardin-Ömerli

Die Dörfer Xirbemamite (Kayagöze), Kervarexe (Harmankaya), Yeste (Duygulu) und Riavane (Kömürlü) werden seit dem 3. Juni ständig von 500 Soldaten der türkischen Armee und der Gendarmerie überfallen. Die Bewohner der vier Dörfer, vor allem Frauen mit ihren Kindern und alte Menschen, werden von den Soldaten geschlagen, sexuell belästigt, ihr Heu angezündet und das Vieh getötet, ihre Wertsachen geraubt. Das ein Monate alte Baby von Sadice Bilginc wurde mit Faustschläge auf den Kopf geschlagen und kann seitdem seine Augen nicht mehr öffnen, ein altes Ehepaar, das die vom Militär in Brand gesteckten Heuhaufen löschen wollte, wurde mit Maschinengewehren beschossen. Hüseyin Öncü, Hüseyin Ortac, Ali Günes, Seyithan Dag und Zeki Aksoy wurden verhaftet.
Die Bewohner der vier Dörfer haben erklärt, daß sie, wenn der Staatsterror gegen sie nicht sofort eingestellt wird, in die Berge gehen und gegen diesen Staat, der sie terrorisiert, kämpfen werden.

Siddik Tan von der Konterguerilla ermordet

Am 20. Juni wurde in Batman Siddik Tan von der Konterguerilla in der Wohnung seines Arbeitskollegen und Freundes Sefik Polat mit acht Schüssen ermordet. Nach Recherchen des IHD hatten "Unbekannte" von Sefik Polat die Telefonnummer von Siddik Tan verlangt. Er selbst hat daraufhin ihn angerufen und zu sich gerufen. Siddik Tan ging deshalb gegen 19.00 Uhr zur Wohnung von Sefik Polat. Kurz darauf klingelte es, Sefik Polat öffnete die Tür, die drei Mörder stürmten herein und ermordeten Siddik Tan. Der einzige Augenzeuge Sefik Polat befindet sich seither in Polizeihaft, und jeder Kontakt mit der Außenwelt wird verhindert.
Siddik Tan wurde seit Jahren von den Staatskräften angegriffen, weil er sich für die Menschenrechte des kurdischen Volkes eingesetzt hat. Er wurde unzählige Male verhaftet und gefoltert. 1989 war er bei der Gründung des Menschenrechtsvereins IHD in Batman beteiligt und im Vorstand. Ein Jahr vor seiner Ermordung wurde er durch eine von der Konterguerilla an seinem Auto befestigte Autobombe zusammen mit seinem 11-jährigen Sohn schwer verletzt und verlor ein Auge.
12.000 Menschen beteiligten sich am 21. Juni an der Beerdigung. Es wurden kurdische Fahnen mitgetragen, Reden und Parolen gegen den Staatsterror gehalten. Auf dem Rückweg vom Friedhof wurde der Demonstrationszug von der Polizei angegriffen. Einem Jugendlichen wurde das Nasenbein gebrochen und fünf Menschen wurden verhaftet.



Abdullah Aksoy von der Konterguerilla ermordet

Am 27. Juni wurde der Student der naturwissenschaftlichen Fakultät, Abdullah Aksoy, gegen 21.30 Uhr auf der Straße in Diyarbakir von der Konterguerilla durch vier Schüsse ermordet. Er war sofort tot. Sein Freund Erdal Gezer wurde durch Schüsse verletzt. Er wurde als einziger Augenzeuge sofort von der Polizei verhaftet und verschleppt. In der gleichen Nacht wurden noch mehrere Studenten in Diyarbakir festgenommen. Der ermordete Abdullah Aksoy war mehrmals unter dem Vorwurf, die PKK unterstützt zu haben, verhaftet worden. Zur Beerdigung von Abdullah Aksoy am darauffolgenden Tag in Cizre kamen über 7.000 Menschen. Sämtliche Geschäfte im ganzen Landkreis blieben aus Protest gegen den Staatsterror geschlossen und die Verkehrsmittel fuhren nicht. Die Polizeikräfte versuchten, die Masse zu provozieren und schlugen auf Beerdigungsteilnehmer ein.



Ibrahimoglu-Brüder von der Konterguerilla ermordet

Nachdem schon im Mai Edip Ibrahimoglu von der Konterguerilla ermordet wurde, wurden seine beiden Brüder Seyhmus (24 Jahre alt) und Hasan (22 Jahre) ebenfalls Opfer der Konterguerilla. Die beiden Brüder wurden am 12. Juni um 9.00 Uhr in Mardin-Kiziltepe auf der Straße durch Schüsse ermordet. Die beiden Mörder sind nach Augenzeugenberichten in Richtung des Gebäudes der Staatssicherheitsbehörde geflüchtet.

Bewohner des Dorfes Meydin gefoltert und verschleppt

Das Dorf Meydin (Seslice) in Sirnak wurde am 14. Juni von einer Kommandoeinheit der türkischen Armee überfallen. Sie zwangen alle Bewohner durch Schläge und Fußtritte, sich auf dem Dorfplatz zu versammeln, währenddessen sie den Hausrat und Vorräte der Bewohner verwüsteten und zerstörten. Auf dem Dorfplatz wurden die Bauern gefoltert. Der Bürgermeister Dervis Gerlen wurde drei Mal ohnmächtig, mit kaltem Wasser übergossen und weiter geschlagen. Die Soldaten zogen die Bauern aus und schnitten ihnen mit Rasiermessern das Wort "Kommando" oder die Initialen des Namens des folternden Soldaten in den Rücken. Bevor das Überfallkommando wieder abzog, schleifte es den Dorfbürgermeister Gerlen und drei Bauern zu einem Hubschrauber und verschleppte sie.

Spezialkommando folterte und brandschatze im Dorf Xirbemiriske

Ein Spezialkommando überfiel am 24. Juni das Dorf Xirbemiriske (Tavuklu) in der Provinz Marin-Ömerli. Die Soldaten verbrannten Heu und Wintervorräte der Bauern, verwüsteten den Hausrat und folterten mehrere Bewohner auf dem Dorfplatz. Die Bewohner von Tavuklu erklärten, daß sie ihr Dorf trotz aller Repression nicht verlassen werden, sondern sich vor künftigen Überfällen der Staatssicherheitskräfte notfalls selbst verteidigen werden.

Militärterror gegen Dorfbewohner

Am 18. Juni wurde das Dorf Beykent in Siirt-Kurtalan als Racheakt wegen eines Guerillaangriffes auf eine Fernsehstation am Vortag vom Militär überfallen. Das Militär fand bei der Durchsuchung des ganzen Dorfes nichts, verschleppte aber Veli und Aysel Ciftci, Isa Bagriyanik, Ziya Turan, Bedri Aslan, Tahir Dogan und



Rasit Altas, über deren Aufenthalt das Militär keine Informationen herausgibt. Das Überfallkommando verprügelte bei der Durchsuchung die Bewohner von Beykent und drohte damit, das nächste Mal das ganze Dorf niederzubrennen.
Bei einer Militäroperation im Dorf Kazaci in Diyarbakir-Bismil wurden am 26. Juni die Bewohner Milhis Cakarli, Askeri Feruh, Hamdullah Saruhan, Ahmet Altunsöz, Ibrahim Bayrak, Mithat Altunc, Sadiye Saruhan und Perihan Cakmak verhaftet.

Massenverhaftungen in der ersten Juliwoche

In der ersten Juliwoche führten die türkischen Sicherheitskräfte in einer Reihe von Städten Operationen und Massenverhaftungen durch. Allein in Cirze wurden am 2. Juli 1.000 Menschen festgenommen, die in 25 Polizei- und Militärbussen abtransportiert wurden. Die Festgenommenen riefen Parolen wie "Widerstand heißt leben" und "Es lebe der Vorsitzende APO". Am nächsten Tag blieben aus Protest alle Geschäfte geschlossen. Über zwanzig ebenfalls festgenommene Bürgermeister von Städten und Dörfern wurden in der Haft bedrängt "Dorfschützer" zu werden bzw. welche zu organisieren.
In Bitlis wurden bereits am 22. Juni bei einer Operation 100 Menschen wegen angeblicher Unterstützung der PKK festgenommen. Ihre Angehörigen marschierten daraufhin vor das Gouverneursgebäude in Bitlis.

ERNK-Militante in Elazig von Polizei ermordet

Am 3. Juni wurden drei ERNK-Militante aus der Stadt Elazig von der Polizei ermordet. Der überlebende schwerverletzte Yusuf Oguz wurde ins Staatskrankenhaus eingeliefert, wo er mit Eisenketten ans Krankenbett gefesselt wird.

Sitzstreik vor dem Gouverneurspalast

Angehörige der am 3. Juni ohne jede Begründung bei einer vom Amt der Staatssicherheitsbehörde Bitlis durchgeführten Operation verhafteten Abdullah Tepe, Aydin Kutbay, Esin Tarhan und zwei ihrer Geschwister, die immer noch nicht dem Haftrichter vorgeführt wurden, führten am 25. Juni einen siebenstündigen Sitzstreik vor dem Gouverneurspalast durch und forderten die sofortige Freilassung ihrer Angehörigen. Sie kündigten weitere Aktionen an, wenn die Verhafteten nicht freigelassen werden.

60-jähriger in Polizeihaft "verschwunden"

Der 60-jährige Osman Demir wurde am 16. Juni im Dort Mendere (Cölobasi) von Sicherheitskräften im Verlauf eines Übergriffes auf das Dorf festgenommen und verschleppt. Alle Bemühungen seiner Söhne, etwas über den Aufenthaltsort Osman Demirs herauszubekommen, blieben erfolglos. Die Behörden behaupten, Osman Demir sei nicht verhaftet worden, obwohl die Söhne Augenzeugen waren und die Männer kennen, die ihn mitgenommen haben.

Spezialteams verbieten kurdische Musik bei Hochzeiten

In Tatvan wurde von den Spezialteams ein Verbot kurdischer Musik bei Hochzeitsfesten erlassen. Spezialteams fahren mit Panzern vor dem Hochzeitsaal auf und überwachen das Verbot. Außerdem laufen den ganzen Tag über maskierte Spezialteamkräfte in der Stadt Streife.
Die drei während des Friedhofbesuchs am Tag des Opferfestes von Spezialteams verhafteten Oktay Akbaba, Baran und Zana Kiziltan sind immer noch "verschwunden".

□ ■ □ ■ □ ■ □

REISEBERICHT

Solidarität ist die Waffe



Aufbruchstimmung, die die ganze Bevölkerung erfaßt hat. Das ist der bestimmendste Eindruck, den wir aus Kurdistan mitgenommen haben.
Als Vertreterinnen und Vertreter verschiedener ASten (Allgemeiner StudentInnenausschuß: Selbstverwaltungsorgan der Studierenden) aus der Bundesrepublik waren wir Anfang Juni für zehn Tage in Nord-West-Kurdistan. Organisiert und durchgeführt wurde diese Delegation vom kurdischen StundentInnenverband in der BRD. Ziel war es, Möglichkeiten einer solidarischen Zusammenarbeit Studierender aus der BRD mit Studierenden in Diyarbakir zu finden.
In unserem Bericht beschränken wir uns auf die Schilderungen, die sich auf Studentinnen und Studenten beziehen. Wir gehen nicht weiter auf unsere Rundreise und Erlebnisse im Botan-Gebiet ein, da wir davon ausgehen, daß den Leserinnen und Lesern des Kurdistan-Reports Schilderungen dieser Art bekannt sind. Ein weiterer Gesichtspunkt, der hier unberücksichtigt bleibt (den wir aber keinesfalls vergessen), ist das Verhältnis der BRD zur Türkei und die Rolle, die die BRD bei der Unterdrückung nicht nur des kurdischen Volkes spielt. Unser Widerstand gegen dieses patriarchal imperialistische System gehört zu unserem Selbstverständnis.
Politisch aktive Studierende lassen sich nicht auf ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Fachbereich einer bestimmten Universität reduzieren. Für Kurdistan heißt dies, daß sie sich als Teil des Befreiungskampfes verstehen und das in ihrem Rahmen mögliche dafür tun. "Unser Studium tritt hinter der politischen Situation zurück, es gibt wichtigere Fragen als die akademische", so formulieren unsere Gesprächspartnerinnen und -partner ihr Selbstverständnis.
Die Unterdrückung durch den türkischen Staat war für uns direkt und indirekt erfahrbar. Militärkontrollen, ständige Observation durch türkische "Sicherheitskräfte", die Verhaftung eines Freundes kurz nachdem er mit uns zusammen war. Bedrückender als diese "direkten" Erfahrungen waren aber die Berichte und Schilderungen unserer kurdischen Freundinnen und Freunde. Newroz, Verhaftungen, Erschießungen, sogenannte Anti-Terroreinheiten - der Staatsterror der Herrschenden gegen das kurdische Volk läßt keinen Lebensbereich unberührt.
Bildung und Ausbildung als wichtige Lebensbereiche sind davon nicht ausgenommen, denn Schulen und Universitäten spielen eine wichtige Rolle für den Machterhalt des türkischen Staates.

Schulen in Kurdistan

Die Ausbildung der Kinder wird als Druckmittel gegen die Eltern benutzt. So bekommt ein Dorf, das sich z.B. weigert, einen Dorfschützer zu stellen, entweder keine oder nur sehr schlechte LehrerInnen zugeteilt. Das Ziel ist es, Kinder fortschrittlich denkender eltern von vornherein den Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen zu verwehren.
Jugendliche, die eine Schule besuchen, sind einer ständigen Bespitzelung ausgesetzt. Bewußtes kurdisch sein und politische Aktivitäten können zu einem Schulausschluß führen. So wird bereits in den Schulen selektiert.
Der dogmatisch am Kemalismus ausgerichtete Schulunterricht soll kurdischen Kindern und Jugendlichen ihre Identität rauben, um sie als Türkinnen und Türken zu assimilieren. Dieses Ziel verfolgt der türkische Staat auf der einen Seite mit einer Selektion, welche Menschen den Zugang zu Bildungseinrichtungen verwehrt. Auf der anderen Seite sind die Lerninhalte vorgegeben und LehrerInnen und ProfessorInnen werden nach Staatstreue ausgesucht.

Universitäten

Diejenigen, die trotz allem das Abitur machen können, werden nun vor neue Probleme gestellt. Die Studienplatzzuweisung wird für die ganze Türkei zentral organisiert. "Vorbestrafte" (z.B. wegen "Separatismus") werden hierbei nicht berücksichtigt. Studienorte und -plätze werden nach einem Punktesystem verteilt. Für bestimmte Städte, z.B. Istanbul oder Ankara, und bestimmte Fachbereiche, z.B. Medizin, muß von den zukünftigen Studierenden eine hohe Punktzahl nachgewiesen werden. Für Universitäten in Kurdistan ist sie niedrig, was zeigt, daß die Ausbildungsqualität dieser Unversitäten schlechter ist.
Weitere Schwierigkeiten treten bei der Finanzierung auf. Der Staat unterstützt Studierende mit ca. 50 DM im Monat. Über weitere 50 DM pro Monat kann ein Kredit beantragt werden, der aber selten, für kurdische StudentInnen so gut wie nie bewilligt wird. Dadurch werden vor allem diejenigen vom Studium ausgeschlossen, die aus bäuerlichen oder proletarischen Lebensverhältnissen kommen und zu denjenigen gehören, die in Kurdistan am meisten ausgebeutet und unterdrückt werden.
Studierende sind zudem einer ständigen Überwachung ausgesetzt. So ist z.B. der Pädagogikfachbereich, der von vielen fortschrittlichen Frauen und Männern belegt wird, in Silvan untergebracht. Die Universität dort ist kleiner und somit besser kontrollierbar als die in Diyarbakir.
Ein weiteres Beispiel der Gängelung durch den türkischen Staat ist die Tatsache, daß Stundentinnen spätestens um 21 Uhr in ihren Wohnheimzimmern sein müssen. Regierungstreue Kommilitoninnen und WohnheimleiterInnen überprüfen dies.

Die Dicle Universität

Die Universität Diyarbakirs befindet sich aus Gründen der präventiven Aufstandsbekämpfung 17 km von der Stadt entfernt in einem völlig überschaubaren Gelände. Sie ist für Studierende nur mit Bussen und nur über eine Straße zu erreichen. Dahinter steckt folgendes: Auf Ereignisse wie z.B. Morde oder Massaker durch die türkischen "Sicherheitskräfte" reagieren die Studierenden schnell. Die Isoliertheit und die gute Überschauberkeit des Geländes soll verhindern, daß deren Proteste auf die Stadt übergreifen. Finden Demonstrationen auf dem Unigelände statt, riegeln "Sicherheitskräfte" die Zufahrtsstraße zur Stadt ab, um Studierende daran zu hindern, Informationen weiterzuleiten. Währenddessen prügeln die ständig anwesenden "Sicherheitskräfte" die Demonstrationen brutal zusammen. Für diese gibt es kein Entkommen.
Die Lehre an den Universitäten Kurdistans wird, wie der Schulunterricht auch, dazu benutzt, dem nationalistischen und dem türkischen Großmachtstreben entsprechende Ideen zu vermitteln. Beispielsweise müssen auf Anweisung der Sicherheitsbehörden Veranstaltungen über das osmanische Reich gehalten werden. Das Lehrpersonal setzt sich aus staatstreuen und reaktionären Frauen und Männern zusammen. Bedingt durch den Kriegszustand und die damit verbundene verschärfte Bespitzelung kommen sowieso nur wenige Lehrende freiwillig an kurdische Universitäten. Insgesamt gibt es zu wenige und schlecht ausgebildete Lehrende. Die Verwaltung der Universität arbeitet eng mit den "Sicherheitskräften" zusammen. So werden Daten über Studentinnen und Studenten, die sich prokurdisch verhalten, weitergegeben. Dies kann



dann zum Ausschluß aus der Universität führen.

Widerstand

Die Ausrichtung des Bildungssystems der Türkei verfolgt vor allem das Ziel, das Protestpotential bei Jugendlichen in Kurdistan gering zu halten. An der Uni in Diyarbakir verhalten sich die meisten StudentInnen passiv, womit das Ziel der Regierung erreicht wäre. Von den 8000 an der Dicle Universität eingeschriebenen StudentInnen sind ca. 50 % TürkInnen, die restlichen 50 % sind KurdInnen. Davon beteiligen sich ca. 1000 Menschen an Aktionen. Die Beteiligung der Frauen beträgt hierbei entprechend ihrem Anteil unter den Studierenden ca. 30 %.
An der Uni ist selbstbestimmtes Arbeiten unmöglich. Es gibt zwar offizielle StudentInnenvertretungen, diese unterstehen aber den türkischen Besatzern und können mit der in Westdeutschland üblichen studentischen Selbstverwaltung nicht vergeblichen werden. Die Studierenden in Diyarbakir organisieren sich in Vereinen, ihre Widerstandsformen reichen von Demonstrationen, Boykotten und Streiks bis zum Verfassen von Erklärungen. Einzelne beteiligen sich auch an illegalen Aktionen oder schließen sich der Guerilla an.
Ein Beispiel für Aktionen an der Universität war die Demonstration am 21.5.1992, die parallel zu einer Demo in Brüssel stattfand und sich wie diese gegen den Völkermord durch die türkische Republik und gegen die Übernahme des Europaratvorsitzes durch die Türkei richtete. Sie fand auf dem Unigelände statt, bei der Zerschlagung durch die "Sicherheitskräfte", unterstützt durch die Universitätsverwaltung, kam es zu über 100 Festnahmen und zu zahlreichen Verletzten, einer mußte auf der Flucht vor der Polizei aus dem zweiten Stockwerk springen und ist seither gelähmt. Noch Tage danach konnten viele der Beteiligten nicht nach Hause gehen, da zu erwarten war, daß sie dort verhaftet werden. Auch im außeruniversitären Widerstand sind Studierende tätig. So wurde z.B. an Newroz 90/91, das traditionell für Demonstrationen und Protestaktionen genutzt wird, die Führung der Aufstände in Diyarbakir mit von Studierenden übernommen.

Solidarische Zusammenarbeit

Es ist jetzt und in Zukunft wichtig, daß möglichst viele politisch aktive Studierende trotz den erschwerten Bedingungen ihr Studium abschließen. Kurdistan braucht ÄrztInnen, Kurdistan braucht LehrerInnen, Kurdistan braucht JuristInnen...
Hierbei können wir versuchen, sie von der BRD aus zu unterstützen. Zu diesem Zweck beschlossen die ASten der Uni Köln und der Uni Gießen eine offizielle Zusammenarbeit mit den Studierenden der Dicle Universität in Diyarbakir.
Wir hoffen, daß sich noch weitere ASten aus dem Bundesgebiet diesem Projekt anschließen werden. In dieser Zusammenarbeit setzen wir unterschiedliche Schwerpunkte:

* *materielle Unterstützung, um den politischen Kampf der Studierenden zu unterstützen und eine bessere Kommunikation zu ermöglichen,*
* *finanzielle Unterstützung für Studierende,*
* *Studierende in der BRD über den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu informieren,*
* *weitere Delegationen nach Kurdistan organisieren und einige unserer kurdischen Freundinnen und Freunde in die BRD einzuladen.*

Der Verband ist im Dezember 1991 in Bochum gegründet worden. Er hat sechs Vertretungen in Form von eingetragenen StudentInnenvereinigungen an den örtlichen Universitäten im Bundesgebiet. Darüber hinaus wird der YXK an 24 Universitäten durch noch offiziell nicht gegründete StudentInnenvereinigungen vertreten. Insgesamt hat YXK also an 30 Universitäten förmliche Vertreter im Bundesgebiet. Weitere Mitglieder hat der YXK in Kurdistan, Kanada, USA, Australien und in der ehemaligen Sowjetunion.
Bei der Arbeit des Verbandes mit kurdischen und anderen demokratischen Organisationen sind folgende Satzungsgrundsätze maßgebend, die das Ergebnis einjähriger Gründungsvorbereitung darstellen. So heißt es in der Satzung des YXK § 2 Nr. 1f.: Der Verband (...) setzt sich für die Einheit Kurdistans auf der Grundlage der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein.
Er strebt die Zusammenarbeit mit allen KurdInnen und deren Organisationen an, die sich für die Freiheit und Demokratie Kurdistans einsetzen. Die Freundschaft zu anderen Volksgruppierungen iSd. Völkerverständigung ist zu fördern und zu pflegen.
Die Tätigkeiten des Verbandes im Bundesgebiet bestimmen sich vor allem durch die ständig aktuellen Angriffe der Besatzer auf die Zivilbevölkerung und die kurdischen StudentInnen in Kurdistan. Wir versuchen insbesondere auf die Situation der StudentInnen in Kurdistan aufmerksam zu machen.
Ein wichtiger Punkt unserer Arbeit soll auch die Organisierung der kurdischen und anderen fortschrittlichen StudentInnen sein. Da allein in der BRD ca. eine halbe Million KurdInnen leben und an den Universitäten die meisten als TürkInnen, IrakerInnen usw. eingetragene StudentInnen unorganisiert und nur sehr schwer solidarisch mit ihrem Volk sein können, war ein solcher StudentInnenverband unumgänglich.
Es gibt mehrere Projekte, die gemeinsam mit deutschen FreundInnen geführt werden. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit sollen Partnerschaften mit den Universitäten in Kurdistan sein.

"Der kurdische Befreiungskampf ist nicht nur eine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine Befreiungsbewegung der Menschheit"

Susanne Klos-Yavuz



Das war der Gipfel! Die Bosse der 7 mächtigsten Ausbeuternationen trafen sich wieder einmal zu ihrer Superwerbeshow, um die Weltmißwirtschaft noch fester in ihren Griff zu bekommen und der sogenannten "Dritten Welt" kotzbrockig zu zeigen, wo sich der Bartel auch künftig seinen Most zu holen gedenkt. Ihre Absichtserklärungen, ihr mißtönendes Trara aus leerem Stroh und abgedroschenen Phrasen im Stil von Waschmittelwerbung für die mörderische Neue Alte imperialistische Weltordnung, waren schon geschrieben, ehe der Gipfel, "Zipfeltreffen der 7 Riesenzwerge" (AZ), eröffnet wurde, nichts neues, die alten Kriegserklärungen des Nordens an den Süden, der Reichen gegen die Menschheit. Und sie haben dafür so ganz nebenbei schlappe 35 Milliönchen verpulvert.

Trotzdem wird es den 7 reichsten Drahtziehern und ihrer Marionettendiktaturen immer schwerer, ihren mit Leichen gepflasterten Weg zu gehen; gepflastert mit den Verhungerten, Totgefolterten, Vergifteten, Zerbombten, Hingerichteten, "Auf der Flucht" erschossenen, Totvergewaltigten. Die Menschheit ist eben nicht zum Schweigen gebracht worden, bloß weil der realbürokratische Sozialismus im Kalten Krieg mangels Konkurrenzfähigkeit gegen den Kapitalismus verloren hat, und nun an die gnadenbringende westliche Weltordnung glauben sollte wie der Papst an die Jungfräulichkeit Marias. Auch in den 7 reichsten Ländern, "in diesem unserem Lande", in München, einer weltweiten Absteige der weltweiten Rüstungsmafia, in deren Diensten die 7 Weltsheriffs stehen, erheben noch Menschen ihre Stimme und ihre Trillerpfeife, gegen Unrecht und Sklaverei, gegen diesen Affentanz im Glitterglamourluxus der bayerischen Monarchenpaläste, der diese mörderische imperialistische Weltordnung glorifiziert, ihre Stimme und ihre Pfeifen trillern für die Befreiung der entrechteten und versklavten Völker mit den Vertretern der Befreiungsbewegungen dieser Völker für die Befreiung von Kolonialismus, Imperialismus, Faschismus.

Daß neben der Monsterparty der G7 auch ein Gegenkongreß stattfand, verdanken wir ebenfalls den Menschen, deren Utopien und Hoffnungen für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger, mörderischer, faschistischer Diktaturen von der Imperialisten gnaden, umweltkriminalität von derselben Gnaden, noch lebendig sind. Dieser Gegenkongreß wurde trotz Streibl- und stoiberscher "Fortsetzung des Schuhplattelns mit anderen Mitteln" (Provokationen der Staatsmacht, Prügelpolizisten...) durchgesetzt und bis zum Ende durchgeführt, um uns politisch und wissenschaftlich mit unseren Träumen und Utopien einer wahren neuen demokratischen Weltordnung auseinanderzusetzen, basierend auf der sozialen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Völker, was

die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter der Befreiungsbewegungen betonten. Wir diskutierten über praktische Lösungen, den zerstörerischen Plänen der G-7 Connection durch eine revolutionäre Alternative zu zeigen, daß der Kapitalismus und Ethnozentrismus ein abgewirtschaftetes, veraltetes, verknöchertes System ohne Zukunft ist. Der Mensch als Teil der Natur ist nicht für eine ausbeuterische, kapitalistische Weltordnung geschaffen, z.B. die Forderung nach Schuldenerlaß und Reparationszahlungen der G-7 an die Völker des Trikont, das international garantierte Recht auf Widerstand und Befreiung der Völker, Einstellung von Rüstungshilfe usw. Es werden weiter Milliarden DM verpulvert, um den Weg mit Leichen zu pflastern. Der Krieg gegen das kurdische Volk erreicht nur, daß das Volk noch entschlosseneren Kampf führt nicht zu beugen ist, der Weg zur Volksbefreiung nicht mehr zu bremsen ist, mit einer breiten Volksbefreiungsfront, die sich von der regional operierenden Guerilla zur Volksbefreiungsarmee entwickelt hat, gestützt durch eine immer größer werdenden Massenbasis. Es gibt immer mehr Gebiete, in denen der türkische Staat nichts mehr zu melden hat, - so klein mit Hut -, und die von den Volksbefreiungskräften kontrolliert werden. Yasemin sieht das mit Gefühlen großer Hoffnung. Sie wurde schon in türkischen Gefängnissen gefoltert und verbrachte von 4 Jahren Exil in Deutschland 2 Jahre in Isolationshaft, fast nahtlos vom türkischen Knast in den deutschen. Sie betont, daß der Kampf gegen die neue Alte Welt(un)ordnung, der Gang der 7 auch in den Metropolen eben auch diesen 7 Ländern, geführt werden muß. Die deutsche Linke, die auf eine lange Tradition zurückschauen kann, befinde sich nach ihrer Meinung (auch meiner Meinung nach) in einer Krise, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks (Realbürokratismus). M. Lopez, Vertreterin der FMLN, Befreiungsfront in El Salvador betonte, wie auch Yasemin, die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes angesichts der politischen und ökonomischen Sitaution der extremen sozialen Ungerechtigkeit und Ausbeutung des Volkes durch 16 Jahre Militärdiktatur (Die Rolle der Zulieferfirma, die die BRD für die türkische Militärdiktatur spielt, spielte in El Salvador ist die USA. Der jetzige Waffenstillstand in El Salvador ist nur dem Erfolg der Guerilla zu verdanken. Die Bemühungen der FMLN um eine politische Lösung sind an ihre Forderungen nach sozialen Reformen, gerechte Landverteilung und Aufklärung über den Verleib der 10000 im Krieg des Militärregimes verschwundenen Menschen gebunden.



Der Cubaner F. Florentino verurteilte das immer noch verhängte US-Embargo und den Protektionismus gegenüber den Ländern des Trikont. Die jetzige Weltordnung treibe weltweit immer mehr Menschen in Hunger und Obdachlosigkeit und immer mehr werden ihrer Grundrechte auf Sicherung der Existenz und Menschenwürde beraubt. Trotz der Isolation und schwierigen wirtschaftlichen Situation will Cuba die Errungenschaften der Revolution, wie soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Menschenrechte und menschenwürdige soziale Bedingungen, ausreichende Bildung verteidigen. Der Vertreter der Philippinischen "National Democratic Front" sieht die soziale Situation des Landes mit über 70 % unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen als das Resultat Jahrhundertelanger Kolonialisierung. Frauen werden aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in die Prostitution (nicht nur auf den Philippinen!) oder Migration getrieben, um auch im Ausland als schlecht bezahlte Hausangestellte zu arbeiten. Das Land wird durch Großgrundbesitzer kontrolliert, lediglich Rohstoffe und Halbfertigprodukte werden exportiert, und 37 % des Bruttosozialproduktes für Schuldendienste an ihre geldgeiernden Gläubigerstaaten ausgegeben.

Wie Najal Hamdi berichtete, kämpft "Polisario" seit Beginn der 70er Jahre gegen Kolonialismus für nationale Unabhängigkeit. Seit der Besatzung Marokkos 1976 ist ein Großteil der Bewohner im Exil in Westalgerien. Sie kritisierte den islamischen Fundamentalismus vieler arabischer Bewegungen, nur die anti-westliche Haltung ist ihnen gemeinsam.

Yasemin ist von großen Gefühlen der Hoffnung getragen und ist selbst Hoffnungsträgerin der Genossinnen und Genossen auch hier beim Gegenkongreß gegen das organisierte Verbrechen der G-7. Diese Gefühle der Hoffnung teile ich innig mit ihr.

Unterschriftenliste

Das kurdische Volk ist mit ca. 30 Millionen Menschen das größte Volk ohne eigenen Staat und aufgeteilt auf die Staaten Iran, Irak, Syrien und die Türkei.
Die Türkische Republik führt seit Jahrzehnten einen Krieg gegen das kurdische Volk. Dieser Krieg, der auf die Existenzvernichtung des kurdischen Volkes abzielt, wird mit Deportationen, Folter, Mord und der Bombardierung kurdischer Zivilbevölkerung geführt. Ohne Widerspruch des Europarates hat die Türkei diesem 1990 die Aussetzung der Menschenrechte für die kurdischen Gebiete angezeigt. Mit organisierten Volksaufständen, Streiks, Massendemonstrationen und einem Guerillakampf verteidigt das kurdische Volk seine Existenz und sein Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.
Die Bundesrepublik ist direkt an dem Krieg gegen das Volk Kurdistans beteiligt. Milliarden Militär- und Wirtschaftshilfe fließen in die Türkische Republik. Allein seit Ende 1991 wurden der Türkei Waffen und Militärgerät aus NVA-Beständen im Wert von über 1,5 Milliarden DM geschenkt, die in Kurdistan eingesetzt werden. Türkische Spezialeinheiten, sogenannte Rambos (Todesschwadrone), werden von der GSG-9 ausgebildet und terrorisieren das Volk in Kurdistan. Darüber hinaus führt die Justiz in der BRD Prozesse nach Paragraph 129a gegen Mitglieder und Sympathisanten der Nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans mit dem Ziel, diese als terroristisch zu verurteilen.

Wir, die unterzeichnenden Personen und Gruppen, wenden uns an die Bundesregierung, die UNO und andere internationale Institutionen und erklären:

1. Wir unterstützen das Anliegen, daß das kurdische Volk in einem Referendum über seine Zukunft frei und selbständig entscheidet.

2. Wir fordern von der Bundesregierung, der UNO und anderen internationalen Institutionen, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes uneingeschränkt anzuerkennen.

3. Wir fordern von der Bundesregierung, die Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkische Republik einzustellen.

Bis Ende Juni gingen bei den Freunden des kurdischen Volkes in Hamburg Unterschriftenlisten mit etwa 2000 Unterzeichner innen ein, die die obige Unterschriftensammlung unterstützen. Unterzeichnet haben u.a.:

Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg / Desertöre, Hamburger Gruppe totaler Kriegsdienstverweigerer / **Dr. Lothar A. Heinrich,** Bonn / **Ulla Jelpke,** PDS-LL MdB Bonn / **Peter Altenburg,** IG-Medien-Ortsvereinsvorsitzender Hamburg / **Gregor Gysi,** Vorsitzender der PDS / **Karrin Dörre,** Landtagsabgeordnete Berlin der PDS / Landesverband Neues Forum Berlin / Bündnis 90, Landesverband Berlin / Unabhängigiger Frauenverband, Bundesdesbüro / AStA TU Berlin / AStA FU Berlin / **Monika Kadur,** amnesty international Berlin / medico international, Frankfurt / Antirassismusgruppe Mainz / Prof. Dr. **Franz Hamburger,** Mainz / Mitarbeiterkreis der ev. Studentengemeinde Mainz / Flüchtlingsrat Mainz / **Brigitte Köjer,** Ratsfrau Bunte Liste Oberhausen / Die Grünen, KV Oberhausen / Ökologische Linke, NRW-LandessprecherInnenrat / Die Grünen-Bunte-Liste, Vorstand-Kreisgeschäftsstelle Bielefeld / 3.-Welt-Haus e.V. Bielefeld / Internationales Begegnungszentrum Bielefeld / Rechtsanwalt **Ulrich Kraft,** Bielefeld / **Thomas Hannhäuser,** Betriebsrat, Bielefeld / **Henning Rose,** Betriebsrat, Bielefeld / AStA Marburg / G.M.B.H. (Gegen Marburger Bau- und Hotelspekulaten) / Prof. **Reinhard Kühnl,** Politikwissenschaftler, Marburg / Prof. Dr. **Renate Rausch,** Marburg / Die Grünen Marburg-Biedenkopf, Kreisverband, für den Kreisvorstand: T.S. Wohlfeil / Prof. Dr. Tuschling, Inst. für Philosophie, Marburg / Wolf Stunmeyer, SPD-Ortsverein Leid Marburg / Marburger Juristen für den Frieden e.V. / Prof. Dr. **Mark Münzel,** Fachgebiet Völkerkunde der Phillips-Universität Marburg / AK Asyl Marburg / **Sabine Rademacher,** für das Marburger Forum / Bund demokratischer WissenschaftlerInnen Marburg / Prof. Dr. **H. Sehenblohm,** Marburg / Dipl.-Psychologe **R. Lutz,** FB 04, Marburg / Dr. **Christa Schulze,** FB Psychologie, Marburg / Prof. Dr. **Schulze,** FB Psychologie, Marburg / Grüne und Alternative Liste Marburg / Stadtratte, Zeitung für und gegen München / Sophie Rieger, Grüne, MdL, München / Dr. **A.M. Rauch,** München / Dr. **Rolf Eckart,** München/ **Karsten Scharpff,** Mitglied der Vertreterversammlung der IGM HH, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD Kreis Altona / PDS-LL Landesverband Hessen / Deutscher Freidenkerverband, Landesverband NRW / Kurdistan-Komitee DIDF Essen/ Naturfreundejugend, LV Westfalen, Gelsenkirchen / Bund Deut. PfadfinderInnen, Rheinland-Pfalz / Rechtsanwalt **Thomas Scherzberg,** Frankfurt / Rechtsanwältin **Roswitha Maul,** Frankfurt / Rechtsanwalt **Andreas Groß,** Wiesbaden / Rechtsanwalt **Berthold Fresenius,** Frankfurt / Rechtsanwalt **Wolfgang Schwab,** Duisburg / Rechtsanwältin **Ursula Ehrhardt,** Hamburg / Rechtsanwalt **Johannes Pausch,** Düsseldorf / Rechtsanwalt **Martin Heiming,** Hirschborn / PDS-LL Rheinland-Pfalz / Diskurs e.V., Mainz / Rechtsanwalt **Martin Lemke,** Hamburg / Rechtsanwalt **Uwe Maeffert,** Hamburg / Die Grünen, Kreistagsfraktion Rheingau Taunus Schwalbach / Bleiberecht Initiative für Roma und Sinti, Oberhausen / Mittelamerikakomitee Oberhausen / Prof. Dr. **Elmar Altvater,** Berlin / Prof. Dr. **Christel Faber,** Berlin/ Prof. Dr. **Anttony Carty,** Berlin / Prof. Dr. **Theodor Ebert,** Berlin / Prof. Dr. **Siegfried Mielke,** Berlin / Prof. Dr. **Klaus Megerle,** Berlin / Prof. Dr. **Hans Dieter Jacobsen,** Berlin / Prof. Dr. **Erhard Behrens,** Berlin / Prof. Dr. **Gerhard Berendt,** Berlin / Prof. Dr. **Ursula Wolf,** Berlin / Prof. Dr. **Bedrich W. Leowenstein,** Berlin / Prof. Dr. **Ulf Kadritzke,** Berlin / Prof. Dr. **J. Kulke,** Berlin / Prof. Dr. **Bernd Senf,** Berlin / Prof. Dr. **Klinkert,** Berlin / Dr. **Monika Sieverding,** Berlin / Dr. **Stephan Dutke,** Berlin / Dr. **Werner,** Berlin,/ Dr. **Wolfgang Neef,** Berlin / Dr. **Messing,** Berlin / Dr. **Horst Peter Brauns,** Berlin / Dr. **Reiner Schwabe,** Berlin / Dr. **Werner Dirk,** Berlin/ Dr. **Hermann Pfitzner,** Berlin / Dr. **Jürgen Huß,** Berlin / Dipl.-Psychologe **Andr'e Hahn,** Berlin / Dipl.-Politologe **Hamadi El-Auni,** Berlin / Dipl.-Psychologe **Uwe Grienskowski,** Berlin / Dipl.-Politologe **Axmann Sigolf,** Berlin / **Christine Kalb,** wiss. Mitarb., Berlin / **Phillip Heyde,** wiss. Mitarb., Berlin / **E. Brauer,** wiss. Mitarb., Berlin / Prof. Dr **Rudolf Seiler,** Berlin / Prof. Dr. **Rainer Wüst,** Berlin / Dr. **Markus Klein-Schwarz,** Berlin / Dr. **Volker Bach,** Berlin / **Rita Kantenmir,** AL-Flüchtlingsfrage, Berlin / **Traudt Vorbrodt, Pax Christi,** Asyl in der Kirche e.V. / **Ralf Eilers,** Gesellschaft für bedrohte Völker Berlin / **Konrad Mundt,** Pfarrer, Seelsorge in Abschiebehaft Berlin Moabit / Antirassistische Aktion Berlin

Kurdischer Frauenverein



Gustav Heinemann Str. 7
D-5090 Leverkusen 1
Tel: 02 14 / 7 58 59

Warum wurde "Komeleya Jinên Kurdistanê" (Kurdischer Frauenverein) gegründet?

Unser Verein wurde gegründet, um

1– den Kampf der Frauen aus Kurdistan in den Reihen des legitimen nationalen Befreiungskampfes Kurdistans der fortschrittlichen-demokratischen Weltöffentlichekeit bekannt zumachen, sie über den Kampf zu informieren.

2– uns mit den durch den türkischen Kolonialismus unterdrückten Frauen in Kurdistan, deren Entwicklung gehemmt wird, deren Ehemänner im Kampf gefallen sind, zu solidarisieren.

3– die kurdischen Kinder mit der nationalen Kultur zu erziehen, ihre Beteiligung an Aktivitäten wie muttersprachlicher Unterricht, Musik, Folklore usw. und ihre Beziehungen zur Heimat zu stärken.

4– die in Europa lebenden Frauen aus Kurdistan zu organisieren und sie im Sinne des nationalen Befreiungskampfes zu erziehen.

5– die in Europa lebenden Familien einander näher zu bringen, dazu beizutragen, daß sie sich besser verstehen und Familienverhältnisse im patriotischen Sinne zu schaffen.

6– die sozialen, wirtschaftlichen, juristischen Probleme der in Europa lebenden Frauen zu kümmern, ihnen Hilfe zu geben, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

7– mit Frauengruppen aus Kurdistan, der Türkei und aus aller Welt Beziehungen zu knüpfen und sich gegenseitig zu solidarisieren.

8– gegen Anschauungen, die das Ziel haben, die Frau zu erniedrigen, die die Frau verachten, eine demokratische Auffassung zu entwickeln.

9– sowohl den Befreiungskampf der Frauen aus Kurdistan als auch der Frauen aus aller Welt, die unterdrückt werden und für Freiheit und Demokratie kämpfen, beizutragen, ihren Kampf zu stärken.

* Komeleya Jinên Kurdistanê ist ein Verein der Yekîtiya Jinên Welatparêzên Kurdistanê-YJWK (Union der patriotischen Frauen aus Kurdistan). Alle Mitgliederinnen unseres Vereins haben das Ziel die, YJWK zu stärken.

* Mit dem Ziel mehr Bildung und stärkerer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben werden verschiedene Aktivitäten, Kurse usw. durchgeführt.

Komeleya Jinên Kurdistanê
(Kurdischer Frauenverein)
1. Januar 1992

